

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH, Halle, Verdenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelpreis: 15 Pf. für den mm-Böde und Spalte; 1 Pf. im Zeitl. Postamt: Kreuzpost des Reichsgebietes Halle, Commerz- und Privat-Post Halle, Postfachnummer Leipzig 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv-Verlag Halle, Verdenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 22. September 1930

10. Jahrgang * Nr. 222

Metallarbeiter, stoßt vor!

Überall sollen die Löhne abgebaut werden — Der Hieb ist die beste Parade

(Eig. Med.) Bochum, 22. September.

Im „Volkshaus“ zu Bochum tagte am gestrigen Sonntag eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, die normalerweise von Arbeitern der Saigammetzwerke besucht war, und eine Betriebsbelegiertenkonferenz der Niederläufiger Metallindustrie.

Die Metallarbeiterversammlung billigte die Ausführungen des Genossen Willy Dölgner. Sie zeigte positive Erfolge in der Richtung der Kampfauslösung des Niederläufiger Metallarbeiters. Während der Vorbereitung der Versammlung und dem Verlauf derselben wurden

37 Aufnahmen für die KPD gemacht.

Die Diskussion, die dem Referat folgte, war einmütig.

Die Beschlüsse sind für Lohnabbau, das hat ihre Geltung bewiesen, sie überließen dem Unternehmer die Tarifbindung. Sie ermunterten ihn zum Raubzug auf die Taschen der Proleten.

Die KPD muß deshalb selbständig den Kampf gegen das Lohnabbau und für eigene Forderungen der Arbeiterklasse aufnehmen.

Das war der Inhalt der Diskussion. In dieser Richtung wurde vorgeschlagen, weitere Maßnahmen zur Massenmobilisierung der Metallarbeiter zu treffen. Die Versammlung verpflichteten sich, die nächste Woche gründlich dazu auszurufen.

Die Betriebsbelegiertenkonferenz beschloß, sich in der Hauptsache mit der

Durchberatung eines Tarifentwurfs für die Niederläufiger Metallindustrie,

der nach gründlicher Diskussion und der Annahme praktischer Vorschläge die Forderungen der Metallarbeiterklasse präzisieren. In den nächsten Tagen wird die weiteste Verbreitung des Tarifentwurfs durch die KPD erfolgen und dieser in den Betriebsbelegiertenkonferenzen zur Abstimmung gestellt werden.

Die Metallarbeiterversammlung nahm als Willensäußerung folgende Entschließung einstimmig an:

Die versammelten Metallarbeiter und Erwerbslosenvertreter sprechen der tagenden Betriebsbelegiertenkonferenz das volle Vertrauen aus und geloben, alle Beschlüsse der Konferenz durchzuführen und durchzusetzen. Alle Anwesenden treten der KPD bei und schließen sich im Lauschaumer-Werk der Betriebsgruppe an, um im Betrieb den Streik gegen die geplante Lohnsenkung für die Forderungen der KPD zu organisieren.

Die Metallindustriellen greifen auf der ganzen Linie an!

Was die Kommunisten vor den Wahlen den Arbeitern gesagt haben, trifft voll und ganz ein. Kaum sind die Wahlen vorbei, sehen die Metallindustriellen den Arbeiterkampf verschärft ein. Die Metallindustriellen haben am Freitag in Berlin, nachdem sie selbst den Lohnabbau gekündigt hatten, bei den Verhandlungen mit dem DWA einen

Heraus zur Demonstration gegen Hungersteuern

Heute, 5 Uhr nachmittags, auf dem Hallmarkt in Halle

Brüning führt Raubprogramm weiter

(Eig. Drahtf.) Berlin, 22. September.

Die Kurzurückgänge der letzten Woche, die im wesentlichen auf den Ausgang der Reichstagswahl zurückzuführen sind und die in Verbindung gebracht werden mit den Rutsch-Gerüchten der Nazis, aber in Wirklichkeit

die Angst der Kapitalisten vor dem förmlichen Vormarsch der Kommunisten

charakterisieren, haben die Regierung Brüning auf die Beine gebracht. Sie nimmt Gelegenheit, der kapitalistischen Welt nochmals ihr Ausbeutungs- und Diktaturprogramm zu unterbreiten und festzuhalten, daß sie auch fernerhin den schon eingeleiteten Kurs durchzuführen wird. Brüning führte unter anderem gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Presse aus:

„Die Reichsregierung hat deshalb auch, unbekümmert um

Abbau der Tariflöhne um 15 Prozent gefordert.

Sie machen also einen größeren Schritt des Lohnraubes, als die Schwermetallbetriebe des Ruhrgebietes, die sich vorläufig mit dem Abbau der Tariflöhne begnügen.“ Nicht weniger als 47 Millionen Mark im Jahre sollen den 140 000 Berliner Metallarbeitern gestohlen werden.

Die Berliner Metallindustriellen kündigen an, daß sie zur „Behebung der Konjunktur“ diesen Lohnabbau auf das ganze Reich ausdehnen wollen.

Und schon fordern die Metallindustriellen die Siefelds die Herabsetzung der Tariflöhne um 20 Prozent. Ebenso haben die Unternehmer der oberhessischen Siefeldindustrie den Lohnabbau ge-

Jetzt heißt es Farbe bekennen!

Die KPD fordert: Mißtrauensvotum für Brüning, Aufhebung der Notverordnungen, Steuerabbau für die Armen, höhere Steuern für die Reichen, Sparmaßnahmen auf Kosten der Herrschenden, Hilfe für den notleidenden Mittelstand, Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich, Einstellung der Young-Zahlungen

Nun können SPD. und Nazis zeigen, wie ernst ihre Wahlversprechungen waren!

(Eig. Ber.) Berlin, 20. September.

In seiner Rede vor den Großberliner Funktionären machte der Führer der KPD, Genosse Däumler, unter anderem folgende Ausführungen:

„Der Kampf gegen alle Klassenfeinde der Werktätigen müssen wir die Millionen-Einheitsfront des revolutionären Proletariats und aller Werktätigen entgegenstellen. Der gemittelte Wahlerfolg der kommunistischen Partei verpflichtet uns, innerhalb und außerhalb des Parlamentes den Kampf gegen das heutige System, gegen die Young-Herrschschaft und das kapitalistische Regime mit zehnfacher größerer Entschlossenheit als zuvor zu entfachen. Wir allein können die solidarische Front zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitslosen schmieden. Wir allein können den Kampf der Arbeiter, Bauern und notleidenden Mittelständler gegen die Steuern und Belastungen mit der Waffe des Streikerechts organisieren. Wir allein können die Streiks der Arbeiterklasse auslösen und führen. Nur wir sind imstande, alle diese Kämpfe mit den politischen Grundfragen unseres Kampfes gegen die feindseligen Regierungen zu verbinden.“

Die kommunistische Partei, die ihren Kampf nicht um Mandate, sondern um die Millionenmassen des werktätigen Volkes geführt hat, wird jetzt, nach dem Wahlsieg, nicht erlahmen, sondern erst recht vorwärts rücken. Wir werden auch innerhalb des kommenden Reichstages in enger Verbindung mit dem außerparlamentarischen Kampf gegen die volksfeindliche Politik der Bourgeoisie und gegen das ganze System Young-Deutschlands vorkämpfen.

Unsere erste Forderung wird die bedingungslose Einstellung aller Tributzahlungen, des außerparlamentarischen Young-Planes sein, die wir im Reichstag beantragen werden. Hier müssen die Nazis Farbe bekennen.

Wir werden weiter ein großzügiges Sparprogramm im Reichstag einbringen, das den werktätigen Massen zeigen wird, welche Millionen- und Milliardenbeträge aus

den Steuergroßvermögen des arbeitenden Volkes von dem heucheligen Young-Deutschland für die Pensionen und Gehälter der Generale und Minister, für Reichswehr und Polizei und für alle übrigen Privilegierten und Pfändenerfüllungen des kapitalistischen Ausbeuterhauses verwendet werden und eingesetzt werden könnten.

Wir werden ferner für die Erwerbslosen durch besondere Anträge die Forderungen auf Arbeit und Brot bei gleichzeitiger Einführung des Siebenfundentages bei vollem Lohnausgleich aufstellen.

Außerdem wird die kommunistische Partei im Reichstag sofort den Kampf zur Erhöhung der Steuern für Millionäre und alle Reichen und zum Abbau der Massensteuern aufnehmen.

Gleichzeitig werden wir eine Reihe weitgehender, radikaler Sparmaßnahmen zur Unterfütterung des darbenenden Mittelstandes, sowie der armen Bauern und zur Bekämpfung des Monopolkapitals fordern.

Gegen die Brüning-Regierung werden wir ein Mißtrauensvotum einbringen und zugleich die Aufhebung aller Notverordnungen und verfassungswidrigen Notverordnungen und Zwangsmassnahmen beantragen.

Schließlich wird die kommunistische Partei in Preußen und anderen Ländern, so wie es in Thüringen schon geschehen ist, den Kampf für die Auflösung der Landtage sofort aufnehmen, nachdem die Reichstagswahl gezeigt hat, welcher Klasse Gegenüber zwischen diesen Parlamenten und der wirklichen Stimmung im Lande besteht.

Das, Genossen, sind in kurzen Zügen die ersten Schritte, die die kommunistische Partei im Namen der 4,6 Millionen der werktätigen, die uns ihre Vertrauen bekundet haben, innerhalb des Parlamentes einleiten wird, wobei diese Aktionen selbstverständlich getragen sein werden von dem außerparlamentarischen Massenkampf in den Betrieben, auf den Straßen, in Stadt und Land.“

Die Anträge, deren sofortige Einbringung, wie wir schon am Sonntag angekündigt, das R. der KPD, beschloßen hat, werden die Herren Sozialfaschisten und Nazis vor konkrete Fragen stellen.

In offener Reichstagsabstimmung, vor den Augen der Millionen, die sie mit ihrer Wahlbegeisterung an der Nase herumgeführt haben, werden SPD. und Nazis bekennen müssen:

Sind sie für Brüning oder gegen ihn? Sind sie für oder gegen die Artikel-48-Verordnungen?

Sind sie für die Besteuerungen oder für die Massensteuern, sind sie für die Millionäre oder für das werktätige Volk?

Sind die Nazis für oder gegen den Young-Plan?

Sind die Nazis für oder gegen die einseitigen Fragen. Jeder versteht sie, jeder, der am 14. September auf SPD. und Reichstag gegangen ist, wird hören, ob seine „Vertreter“ mit ihren Wahlversprechungen ernst machen werden.

Wir wissen, daß sie es nicht tun können, weil es ihrer ganzen kapitalistischen Politik widerspricht. Aber das ganze Volk soll es erkennen und darum werden wir Kommunisten die Herren Demagogen zwingen, zu ihren Wahlversprechungen zu stehen oder sie selbst zu zerreißen.

hinblick, um eine 15prozentige Lohnherabsetzung vorzunehmen.

Der Kostentz für ganz Schiefen ist von den Unternehmern ebenfalls gebührend abgezogen. Ingesamt kommen für die schiefen Bezirke etwa 70000 Metallarbeiter in Frage. Auch in Pommern fordert die „Bewertung der schiefen Metallindustrie-Verträge“ einen 15prozentigen Lohnabbau.

Der Vorstoß der Widerfalller Metallindustrien gegen die Lauchhammer-Proleten führt also nicht allein — er ist ein Teil des allgemeinen Angriffs gegen die Metallarbeiterschaft. Auch die hallischen, Ammenbörzer und Zeiger Metallarbeiter, denen man bisher mit allerlei verhängenen Methoden die Zähne gebrochen hat, müssen die Größe der ihnen drohenden Gefahr erkennen und

Vorbereitungen zum aktiven Kampf Seite an Seite mit den Lauchhammer-Proleten treffen.

Dazu ist aber die klare Sammlung unter Führung der revolutionären Opposition, die Brechung des Einflusses aller Reformisten, einschließlich der Renegaten, notwendig, weil diese Leute den Metallarbeiterkampf verschleppen und so die Metallarbeiter mit gebundenen Armen der Ausbeuteroffensiven ausliefern wollen.

Die Metallarbeiter dürfen darum also nicht warten, ob die DWA-Bürokratie sie durch Verhandlungen mit den Unter-

nehmern oder durch einen Schiedspruch oder durch die Herbeiführung eines tariflichen Zulandes mit in Kauf, oder wie im Ruhrgebiet und in Mansfeld durch die Annahme des Konzessions- und durch organisierten Streikstreifen werden wird, sondern sie müssen unter Führung der KPD, in allen Metallbetrieben die Vorbereitungen zum Streik treffen.

Schon haben im Mittel-Bezirk, Berlin-Mittelteil, die Arbeiter unter Führung der KPD, durch den Zusammenstoß aller Arbeiter zur Betriebsversammlung während der Arbeitszeit und den einstimmig gefassten Streikbeschluss den dort tätigen Lohnarbeitern 30 Prozent zurückgeschlagen. Schon haben die Metallarbeiter der Schnellpresse in Seibelsberg am 18. September den Streik gegen den Lohnraub in ihrem Betriebe unter Führung der roten Betriebsräte geschlossen aufgenommen.

Das sind Beispiele des wachsenden Kampfwillens der Metallarbeiter, die überall befolgt werden müssen.

Begegnung dem Verrat der DWA-Bürokratie durch die Herstellung der revolutionären Einheitsfront in allen Metallbetrieben. Nur der geschlossene Streik aller Metallarbeiter unter revolutionärer Führung ist imstande, die Lohnabbau-Offensive der Metallindustrien zurückzuschlagen, die Sabotage der Verbandsbürokratie zu durchkreuzen und die Forderungen der Arbeiter nach Lohn-erhöhung und Siebenhunderttag durchzusetzen.

Der Weg zum politischen Massenstreik

Halle, 22. September.
In der ungeheuren Gärung unserer Tage, in der Gewißheit der nahenden Entscheidungskämpfe veranlaßt sich im Bewußtsein der arbeitenden Massen die Waffe, die im Kampf dieser Kämpfe die Hauptrolle spielen wird — der politische Massenstreik. Die KPD hat aus den Berliner Massenstreikempfehlungen von 1929 die bolschewistische Konsequenz gezogen, indem sie die Anwendung dieser Waffe auf die Tagesordnung stellte, alle ihre Kraft einsetzte,

um die Arbeitermassen wieder an den Gebrauch eines ihrer wichtigsten Kampfmittel zu gewöhnen.

Außerlich war der Erfolg gering — wenige Zehntausende von Arbeitern haben sich aktiv beteiligt in jenen Monaten und seitdem der verschobenen Anläufe, wo die Partei die Anwendung des Massenstreiks — sei es selbst nur als Demonstrationstreik — auf die Tagesordnung stellte. Aber, wie es so oft geht — unter der Oberfläche vollzog sich der Prozess, der nun seine Früchte zu tragen beginnt, drang ins Bewußtsein der Massen das, was ihre bolschewistische Führerin ihnen — scheinbar erfolglos — verkündete. Und heute, angesichts der ungeheuren Zuspitzung der allgemeinen Lage, sind wir so weit, daß die KPD — die noch vor wenigen Monaten über unsere Massenstreikparade sprach — im „Rohmaterial“ wie im „Polfsboten“ — ihelngeliebt sie begründen und daran nur den — zur Abwägung des kommenden Massenstreiks bestimmten — Kommentar knüpfen muß, daß die KPD selbst berufen lie, den politischen Massenstreik gegen den Faschismus zu führen! Es lohnt sich nicht, über diese Veranlassung der Sozialforscher zu diskutieren, die sich — nach Oberweis — schon oft zum Zwecke der Abwägung „an die Spitze“ von Massenstreikbewegungen gestellt, sich aber um die jegliche Verankerung des Massenstreikgedankens in der Arbeiterkraft nur das eine Verdienst erworben haben, daß sie durch Verschlingung von 32 Berliner Arbeitern den politischen Massenstreik erstmalig auf die Tagesordnung stellten. Uns kommt es aber hier nur auf die Feststellung an, daß selbst die Sozialforscher es nicht mehr wagen können, „Generalstreik für Generalansein“ zu erklären.

Was ist in diesem Augenblick die entscheidende Bedeutung des politischen Massenstreiks?

Wir sehen — sichtbar an Hand des Wahlergebnisses — Millionen schweben, an dem bisher für selbstverständlich gehaltenen Bestand der Ausbeutergesellschaft zweifeln, noch einem radikalen Ausweg suchen. Noch sehen Millionen diesen Ausweg nicht klar, fallen — insbesondere, soweit es sich um nicht-Industrieproletariat geistige Werttätige handelt — der falschtigen Demagogie zum Opfer, während ein gewaltiger Teil der Arbeiterproleten (etwa ein Drittel, darunter die Mehrheit der Arbeiter der entscheidenden Industriegebiete) zwar den revolutionären Ausweg erkannt und sich mit dem kommunistischen Stimmweg zu befreiten ist. In großen Teilen der Arbeiterkraft wird heute die Frage des Streiks diskutiert, aber noch gibt es Zweifel, ob man nicht allein bleiben, vor den Streik unterliegen wird, usw.

Der politische Massenstreik wird den entscheidenden Sturm-Löwen des Proletariats das Bewußtsein ihrer ungeheuren Kraft geben, wird ihnen und allen anderen Arbeitern beweisen, daß die Arbeiterklasse eine ungeheure Macht ist und daß sie über kürzere Waffen verfügt, als es die Gewerkschaften sind, die sich in der Hand der Verräter befinden. Der politische Massenstreik wird allen Werttätigen, die heute verzweifelt nach einem Ausweg suchen, durch die Tat beweisen, daß das revolutionäre Proletariat — und es allein — imstande ist, sie auf dem Wege zur Freiheit zu führen.

Der politische Massenstreik ist also noch nicht die höchste, entscheidende Form der Revolution, aber er ist die notwendige Vorstufe dazu, er öffnet die Tür zu den entscheidenden Kämpfen. Jetzt, wo die Frage des politischen Massenstreiks vor der deutschen Arbeiterklasse auf die Tagesordnung gestellt ist, muß man sich über seinen Begriff, über den Inhalt dieses nächsten Rettungsgliedes der Revolution klar sein, darf z. B. den politischen Massenstreik mit dem Generalstreik nicht verwechseln, der erst einer höheren Stufe der revolutionären Entwicklung angehört. Vergleichen wir z. B. den Kapp-Generalstreik auf der einen, mit dem Streik der Munitionsarbeiter 1918 und dem Cuno-Streik 1929 auf der anderen Seite, so wird der Unterschied klar: der Kapp-Streik ging von einem unmittelbaren politischen Anlaß höherer Tragweite aus, er erfaßte das ganze Land, legte sämtliche Betriebe still, schäme mit einem Schlag den ganzen Geschäfts- und Ausbeutungsapparat der Unterdrücker, vollzog sich — trotz des Fehlens einer klaren kommunistischen Partei — gleichzeitig mit allgemeiner Bewaffnung und zahlreichen bewaffneten Erhebungen der Arbeiterkraft. Jene beiden war die politische Situation im Kapp-Streik eine besondere, daß die deutsche Proletariat eben erst im Verlaufe langer und offenerer Erhebungen er kämpft hat — verpflichtet war, mit Einsetzen des Generalstreiks den entscheidenden Kampf um die Macht zu organisieren und — bei tühnem und offenem Vorgehen — damit auch aller Wahrscheinlichkeit nach Erfolg gehabt, die deutsche Rätereipublik erkämpft hätte.

Beim Brotstreik 1918 und beim Cuno-Streik 1929 lagen die Dinge zunächst nicht so (was bei Vorhandensein einer klaren bolschewistischen Partei im weiteren Verlauf des Kampfes hätte werden können, steht auf einem anderen Blatt): es erhob sich nicht der ganze deutsche Proletariat, sondern nur Teile — wenn auch sehr wichtige. Sie erhoben sich zunächst wirtschaftlichen, nicht politischen (ausreichende Lebensmittelversorgung, unzulängliche Wohnanlage) — aber diese Anläufe waren solcher Art, daß sie die Politik gemäßigten, „mit der Inflation“: mit der Frage nach der Frage des Friedens, mit der Inflationsfrage die des Sturzes der Inflationsregierung auf die Tagesordnung gestellt und eben weil wirtschaftliche und politische Fragen ineinander übergingen, nahm der Streik im Bewußtsein der Arbeiter sofort politischen Charakter an, wurde er zu einer Auseinandersetzung nicht mit dem einzelnen Unternehmer, sondern mit der bürgerlichen Staatsgewalt als solcher. Es gibt kein Zwischenglied zwischen bürger-

Demonstration in München trotz Verbot Gewaltiger Aufmarsch zum roten Appell der revolutionären Massenorganisationen

München, 20. September.
Der von der Münchener Polizeidirektion verbotene rote Appell der revolutionären Massenorganisationen unter ungeheurer Wallenstetigung fand. Die Demonstrationen des Zusammenstoß der Arbeiter zur Demonstration zu verbinden. Die Demonstranten marschierten in sie trotz Einmarsch mehrerer Überfallkommandos die Straße herbeiführen.

licher und proletarischer Diktatur: der politische Massenstreik kann für sich allein die bürgerliche Diktatur nicht stürzen — aber er kann und wird den Arbeitern und allen Werttätigen die Klarheit über den notwendigen Sturz dieser Diktatur vermitteln, wird ihre Kräfte zum entscheidenden Stoß sammeln. Dies — und nicht die Erregung von Einzelgehändnissen der Bourgeoisie, die — wie der Cuno-Gang zeigt — möglichst sind, ist die entscheidende Bedeutung des politischen Massenstreiks. Eine Tür, die man aufgeschloßen hat, ist noch nicht offen — aber erst muß man sie aufschließen, dann kann man die Tür öffnen und den Weg ins Freie befreiten. Wir haben bei der Analyse der Reichstagswahlresultate festgestellt, daß ein ungeheures Mißverhältnis zwischen unserem Einfluß im Proletariat und der Entwicklung des Massenampfes besteht,

im politischen Massenstreik werden die Millionen, die hinter uns stehen, sich sammeln, werden den Schritt von der Demonstration zur Aktion voll ziehen und dem ganzen werttätigen Volk beweisen, daß sie die Führer auf dem Wege der sozialen und nationalen Befreiung sind.

Den politischen Massenstreik, den nächsten großen Schritt der Revolution, bereiten wir vor, indem wir die Arbeiter in den Betrieben unter aktiver Unterstützung der Gewerkschaften zum Gegenangriff gegen die Ausbeuteroffensiven führen.

Dieser Angriff wird — je breiter er ist, desto mehr — politischen Charakter tragen. Wir haben keine Inflation und keine Brotkraten — aber auch die neuen Kampfer der kapitalistischen Krise zwingen das Proletariat zu Kampfaktionen, die — „wirtschaftlichen“ Interessen ausgehend — politischen Charakter tragen. Nehmen wir die Forderung, die von den Oppositionskontingenzen aufgestellt wurde, wonach jede Produktionsvermehrung mit entsprechender Arbeitszeitverlängerung und zu diesem Zweck die Betriebsräte die Möglichkeit gegeben werden soll, alle Einblicke in den Produktionsbetriebs die Verbindung aufzunehmen, um die Rationalisierungsprozeß verfolgen und bekämpfen zu können. Ist solche Forderung für die Arbeiter notwendig? Zweifellos. Aber eine solche Forderung bedeutet Erzhärtung der Wirtschaft. Eine solche Forderung bedeutet aber weiterhin eine Durchbrechung der Wirtschaftsordnung im Betrieb, eine Lockerung der Disziplin, eine unmittelbare Verbindung der Belegschaft untereinander und mit ihren Funktionen. In den Kämpfen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, werden die Arbeiter dazu überzogen, während der Arbeitszeit Belegschaftsversammlungen abzuhalten, ihre Betriebsangelegenheiten und Antriebe in manderlei Weise beschlüssig zu machen, die ihnen vom Kapital aufgegebenen Disziplin zu zerbrechen. Aber mit der Autorität des Steigers fällt auch die des Land-

Reichsgerichtsprozess zur Vertiefung der Nazi-Positionen in der Reichswehr

(Eig. Drahtf.) Berlin, 22. September.

Norgen beginnt vor dem Reichsgericht der sogenannte „Reichswehr-Prozess“ gegen die drei Nazi-Offiziere, die wegen Hochverrats. Er hat insofern eine große Bedeutung, als von den Angeklagten ausgeht wurde, daß

die Mehrzahl der jüngeren Offiziere der Reichswehr sich zum Nationalsozialismus bekennen.

Die Verabredung Sechts und Geßlers habe diese Einstellung ausgelöst. Der Prozess wird zweifellos ausgeben wie das Jochenberger Verbrechen, da ja die Drahtzieher des Faschismus in Polizei, Reichswehr und Reichsmarine nicht auf der Anklagebank sitzen und sitzen werden. Zufuhr wie Regierung haben kein Interesse daran, über die Aufklärung in Polizei und Reichswehr den Schleier zu lüften. Am ganzen hat der Prozess den Zweck, die Nazis in die schicksalliche Front einzugliedern, wie es die Truttbourgeoisie im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Staates beiführt.

Parade der Hitler-Truppen in Potsdam Die Differenzen in der Führung der Berliner NSDAP, bestehen fort

(Eig. Drahtf.) Berlin, 22. September.

Wie die „Welt am Montag“ berichtet, wird Hitler zur „Reinigung“ der Differenzen zwischen den militärischen und politischen Führern der NSDAP, in Berlin selbst nach Berlin kommen. Bei dieser Gelegenheit sollen in Potsdam große Besichtigungen und Paraden stattfinden. Die SA-Truppen von Groß-Berlin, von der Kommandant von Brandenburg und Magdeburg-Anhalt sind zu dieser Parade befohlen.

Braunschweig ein zweites Thüringen!

Die Frucht der Politik der SPD-Regierung

(Eig. Drahtf.) Braunschweig, 22. September.

Die Nazis sind im Freistaat Braunschweig drauf und dran, ein zweites Thüringen zu errichten. In Verhandlungen über die Reorganisationsbildung zwischen den Nazis und der bürgerlichen Einheitsliste“ haben sie geordert, daß ihnen zwei Ministerien überlassen werden. Nach den letzten Meldungen ist es wahrscheinlich, daß den Nazis das Innen- und Kultusministerium überantwortet wird.

Neue Überfälle auf die ostchinesische Eisenbahn?

Nach Meldungen, die durch T. U. verbreitet werden, sind von weisgarbigen Bänden, die mit den Behörden der Mandschurei Hand in Hand arbeiten, eine Reihe von Überfällen auf die Ostchinesische Bahn und auf Vertreter der USSR, verübt worden. So hat nach diesen Meldungen die Eisenbahnlinie auf dem Bahnhof Mandschuri Auswanderungen bei kommunistischen Bevollmächtigten der ostchinesischen Eisenbahn vorgenommen, die einen glatten Bruch der Verträge darstellen, durch die die letzte Konflikt beendet wurde. Weiterhin soll die Reorganisation der Eisenbahn in der westlichen Linie der ostchinesischen Eisenbahn durch eine weisgarbige Bande von mehreren hundert Mann befohlen worden sein. In Gardin soll sich der weisgarbige General Diederichs aufhalten, der die Herausforderung eines neuen Konflikts mit der Sowjetmacht beiführt. Weiterhin sollen in ähnlicher Weise die ostchinesischen Eisenbahnbehörden weisgarbigen beauftragt werden, was einen Verstoß gegen die Abmachungen von Khabarovsk darstellt. Der General-Konflikt der USSR, Meinofow, soll der Mandschurischen Regierung eine Protestnote überreicht haben, in der die Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen gefordert wird. Meldungen der Sowjetregierung über die Vorgänge liegen zur Zeit noch nicht vor.

Die Renegaten schließen Massenbewegung Buhdrucker aus

Gestern fand im „Volkspark“ eine Bundesversammlung statt, die sich mit dem Ausschluß der Genossen Arthur Klaus, Ernst Weintrich und Hermann Staedter befaßte. Die Einheitsfront von SPD-Bürokraten und Renegaten (Faschisten, Drahtzieher) beiführte durch gemeine Vertuschungen und Verdrängungen die Ausschüsse, die nach der Ausschluß mit 138 gegen 22 Stimmen beschloßen wurde. (Näherer Bericht im morgigen Gemeinschaftsblatt.)

igergers — mit der Macht des Unternehmers, die Arbeiter in Unfälle und Arbeitslosigkeit zu setzen, die Macht des Steuerentreters.

Je mehr sich die Arbeiter in Betrieben als selbständige Kraft fühlen, desto weniger werden sie geneigt sein, irgendeine Macht außer der ihrer eigenen Gemeinschaft anuerkennen.

Je mehr sie sich daran gewöhnen, auf irgendwelche Gemeinschaften des Unternehmers, auf Lohnindirektoren aller Art mit Arbeitsunterlegung und passiver Resistenz zu antworten, desto mehr werden sie auch im Bereich mit der staatlichen Erscheinungsbild der Ausbeuterklasse zur Anwendung des Massenstreiks schreiten.

Nehmen wir die Frage des Steuerpreises. Die Betriebsarbeiter können sich der Steuern, die ihnen von Löhne abgezogen werden, nur erwehren, indem sie den Weg zur Arbeit unternehmer nicht in der Lage sein, die Steuern aus der eigenen Tasche zu zahlen — der Steuerträger trägt in sich die Verantwortung nach Aufhebung der Steuerabgabe, nach Befreiung der Steuerabgabe. Die Steuerparade schafft der Arbeiterklasse auch Verbündete unter allen werttätigen Massen: der Kleinbauer, der Kleinrentnerbetriebe wird sie mit Verständnis anwenden und die Arbeiter, die gegen den Lohnraub in ihren Betrieben kämpfen, werden den anderen Werttätigen helfen, mit den Steuerentretreibern fertig zu werden. So wird das Kampfbündnis der Arbeiterklasse mit allen Werttätigen sich entwickeln und im Verlaufe des politischen Massenstreiks, der das notwendige Ergebnis der Steuerkämpfe sein muß, aktiv in Erscheinung treten. Und diese Beispiele liegen hier vermehren. Die Konsequenzen liegen auf der Hand — jeder kann sie sich allein ausmalen.

Wir sind eine revolutionäre Partei. Wir sind keine Demagogen, wie die Nazis, die behaupten, durch Wandern ihrer Führer den Massen ein nebelhaftes Bild, ein „Drittes Reich“, unter dem sich jeder vorstellen kann, was er mit, befehlen zu können. Wir sind eine revolutionäre Partei. Wir sagen den Massen, wie sie sich befreien können und verweigern ihnen nicht die Schwere des Weges, den sie zu gehen haben. Aber er ist der einzige Weg, der ins Licht führt und darum wird ihn das Arbeitervolk gehen.

A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Stadt Halle

Sparkasse des Saalkreises Halle a.S.

Universitätsring 1b

Fernsprecher: 26112, 26142 und 35221

Zweigstellen: Ammendorf, Beesenlaubingen, Könnern, Lößjün, Niemberg, Weßlin
Annahmestellen: Dörlau, Lettin, Osmünde, Nienleben, Reideburg, Teicha

Annahme von Spareinlagen auf mündelsicherer Basis gegen zeitgemäße Verzinsung

Immergut und am billigsten

Im **Mittelhaus Bruno Paris**
Halle a. S. Marktstr. 2 bis Domplatz 9

Weiss
Halle - Merseburg - Bitterfeld

Reserviert

„Hallema“
Halleische Fleischsalat- und Mayonnaise-Fabrik G. m. b. H.
in Qualitäten
Lieferant d. Konsumvereins
Gr. Nikolaistr. 6, Fernspr. 31288

Verlangen Sie überall
Silbersprudel
erstklassiges Erfrischungsgetränk mit Zitronen-Geschmack

Raucht KONSUM Zigarren

Nr. 10 Konsum-Zigarre St. 10,	ALLGEMEINER KONSUM VEREIN HALLE A. D. S.
Nr. 12 Konsum-Zigarre St. 12,	
Nr. 15 Grosch.-Zigarre St. 10,	

Del **KARSTADT**
kaufen, heißt gut und billig kaufen!

Im Hotel „Weltkugel“ am Bahnhof ist man am besten

Ert Müller-Brot!

Carl Lange Jr., G. m. b. H.
Seefener Straße 11/12
Gartenanlageerzeuger .. Sauerteig-Brot
Referiert 40

Stadtmühle Aisleben A.-G. Aisleben (Saale)
Spez.: „Aislebener Gold“

Zigarren - Zigaretten - Tabake bei **Willy Feigler**
Merseburger Straße 161
Referiert 177

Heinrich Wittenberg
Preußengraben 12
Baustoffe aller Art
Fußböden u. Wandplatten, für und fertig verlegt

Friedrich Oehlschläger
Schuhwaren
Leipziger Str. 3

Gebr. Kroppenstädt
Möbelfabrik - Große Märkerstraße Str. 4
Außerst günstige Zahlungsbedingungen

Als trustrfreie, vollkommen unabhängige deutsche Margarinefabrik empfehle ich meine seit Jahrzehnten bestens bekannte Margarine: „Heldenstern“, verarbeitet mit Sahne, „Helds Weltruf“, „Freia“, „Drei Kronen“
Leipziger Margarinefabrik Richard Held, Schkeuditz Gegründet 1890

Trinkt KONSUM KAFFEE
Allgemeiner Konsumverein Halle

Engelhardt Biere überall!

Das Haus der eigenen Herren-Kleiderfabriken auf Teilzahlung
Franz Meßner
G. m. b. H.
Halle a. d. S., Leipziger Str. 35, Merseburger, Weißbäcker Str. 7
Referiert Nr. 3

Zentralhelzungen Spez. Etagenhelzungen
Telephon **F. L. LASCH** HALLER-STR. 5, Bismarckstr. 4

Friedr. W. Franke
Tapeten - Linoleum - Vorhangstoffe
Märkerstraße 6

Für Händler und Wiederverkäufer empfiehlt:
Stridgarn (bekannte Marken)
Strickgarn u. Strumpfwaren
Kurzwaren, Leder- und Kammmwaren
Freund & Müller
Leipziger Straße 54 (Ecke Riebeckplatz)

AUTO-LICHT
GESELLSCHAFT M. B. H.
HALLE A. S. KÖNIGSTR. 59
FERNRUF 21276, 21706
Einzig offizieller Bosch-Dienst für Halle und Umg.

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte**
Berliner Straße • Bernburger Straße • Königsstraße
Wilhelm Pfeiffer

Hermann Böhlert
Reichhändler
Mühlanger Straße 75 - - - - - Straße 4

Kleier Filzhüte
empfehlen
Garten, Jagd, Spazierg., Ausflügen
Gartenkörb., Stoffkörb., Filzhüte
Referiert 45

Hans Heckel, G. m. b. H., Merseburger Straße 26
Wand- und Fußbodenplatten, Baukeramik

Kauft nur trustrfreie Margarine von der **Vereinigten Fettstoff - Aktiengesellschaft**
Margarine-Werke Dresden-Leuben
Referiert 23

Trinkt Chabeso

Bevorzugt **Fyffes-Bananen!**

Trinkt Euer Freyberg-Bräu

Molkerei „Süd“ Rudolf-Haym-Straße 35
Dauerpasteurisierte Milch / Butter / Sahne

kauft man am besten bei **W. Berger**,
Krukenbergstraße 20
8- u. 6-eckige Drahtgeflechte
Feinere Drahtgitter für die Gewerbebetriebe
Städtebetriebe
Hilf. Bezugsquelle
Stilleschneid
C. Müllers Wwe. & Sohn, Halle (Saale)
Wagelburger Straße 50
Referiert 333

Werkzeuge
Eisenwaren, Gartenwerkzeuge
Geo. Ziemke
Leipziger Str. 11

Brot nimm wichtig Schubert's Brot ist richtig
Spezialität: Steinmetz-Brot

Trinkt die Milch aus der Halle'schen Molkerei
Referiert 2

Schwarz Obst- u. Gemüse-Großhandlung
Referiert 157

Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Beleuchtungsanlagen
komplette Radio-Anlagen
Otto Gröbel, Wilhelmstraße 44
Telephon 29364

Referiert 47

Haring & Strache, Dessauer Straße 51
Referiert 2

Max Schröder, Schwetschkerei 18
Bäckerei und Konditorei
Raffee u. Teegebäck zu jeder Tageszeit

Fr. Hellwig, Brauerei
Referiert 101

Verlangt überall **Hellemann's Feinsten deutschen Käse!**

SCHOKOLADEN
NUR VOM **KONSUMVEREIN ALLGEMEINER KONSUMVEREIN HALLE**

Referiert 157

Gustav Osterwald
Fachgeschäft für Bürobedarf
Preußenring 8 Halle (Saale) Fernruf 23725

Speisekartoffeln / Futtermittel
PAUL OTTO
Kartoffel- und Futtermittel-großh., Königl. 67/70

Billig laut Fleisch u. Wurst bei H. Kopp
Mansfelder Str. 10
Bismarckstr. 10

Referiert 157

Central-Bad
Unterföhring 32/33 - Telephon 29638
Geöffnet für Private und Krankenkassen von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends

Denk an die Deinen
durch Abschluß einer Bestattungs- oder Lebensversicherung beim **Volkswohl-Bund**
Allgemein. Bestattungs- u. Versicherungsverein AG. Berlin zu Berlin
Vertretungen in allen größeren Städten Mitteldeutschlands

Mignon
Kakao
Pralinen
Schokolade
Überzugsmassen
DAVID-SÖHNE A.-G. HALLE
MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE

Was hat der V. RGI.-Kongreß beschlossen?

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

die Kampforganisation zur Führung der Wirtschaftskämpfe / Von Franz Dahlem

Das Ergebnis der Reichstagswahl zeigt, daß viele Millionen Menschen in Deutschland mit dem herrschenden Regime nicht einverstanden sind. 4,5 Millionen haben sich für die kommunistische Ausweg, für die Erhaltung eines Sowjetdeutschland, erklärt. Weitere Millionen wertvollen Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, die diesmal auf die „antikapitalistischen“ Forderungen der Nationalsozialisten herein gefallen sind, werden bestimmt enttäuscht und ermutigt, diese Partei verlassen, wenn die praktischen Handlungen der Hitler und Goebbels kapitalistischen Charakter entlarven werden.

Das Angstgefühl der nationalen und internationalen Bourgeoisie und des Adels der Welt vor dem 14. September hat unterirdisch, wie weit diese ganze relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus ins Ruftönen gekommen ist. Die Bourgeoisie ist um ihrer Existenz willen entschlossen, den Kurs der Massenauflösung und der politischen Knechtung fortzuführen. Ihre Paragrafen-48-Maßnahmen sind nur ein Rindfleisch gegen die Maßnahmen, die jetzt gegen die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die häßlichen Mittelständigen vorbereitet und durchgeführt sind.

Aber jede dieser Maßnahmen geht ins Fleisch und Blut der Massen und erweist in neuen Millionen Blut und Haß und den Willen, dieser verdamnten Ordnung, die die Menschen hungern, verelenden und zugrunde gehen läßt, ein Ende zu bereiten.

Die Bourgeoisie will diesen Weg mit diktatorischen

Methoden, mit Blut und Eisen durchsetzen. Es ist bestimmt, daß die Sozialdemokratie diesen Weg mitmachen und ihren Auftraggebern noch mehr Streikbrecher, noch mehr Spalter, noch mehr Henker gegen das arbeitende Volk zur Verfügung stellen wird. Die nächsten Monate werden es noch klarer als die Vergangenheit erweisen, daß die Sozialdemokratie im Kampfe Klasse gegen Klasse jenseits der Barrikaden, auf der kapitalistischen Seite, beim Faschismus stehen wird.

Gegenüber dieser Konzentration aller kapitalistischen und faschistischen Kräfte von den Nationalsozialisten bis zur SPD, entwickelte sich die

Kämpfe Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Führung der SPD.

Das Neue, Wichtige ist dabei, daß Millionen Werttätiger, die bisher in der Gewerkschaft, sei selbst in der SPD, den Braun, Severing, Wels folgten, nun in Wägung geraten sind und sich auf dem Wege zum Kommunismus bewegen. Drei Viertel Millionen ehemaliger SPD-Anhänger haben bei dieser Wahl für die KPD gestimmt, wenn man berechnet, daß die SPD, mindestens 150.000 Stimmen aus dem Lager der Demobilisierten, der Nicht-Dauerlichen Gewerkschaften und des Kleinbürgertums bekommen hat. Hunderttausende, die diesmal noch einmal den Verführungen der SPD-Angestellten glauben, die in den Wahlversammlungen vom „Kampf gegen die Brüning-Diktatur“ und „Kampf gegen den Faschismus“ redeten, werden enttäuscht den Bruch mit der SPD, vollziehen und ins revolutionäre Lager kommen. Die Lada ist im Rollen; riesige Kräfte zwischen Kapital und Arbeit sind im Umwege.

Kämpfe der Arbeiter um Lohn und Brot zu führen. Sie hat bereits heute große Massen um sich gesammelt, aber ihre Organisation entspricht nicht im entferntesten den Anforderungen der Kampflinie. Keine Betriebsräte, das System der roten Vertrauensleute, die lose Erhaltung der Anhänger der KPD, die zeitweiligen Kampfausschüsse und Streikleitungen, all das allein genügt nicht mehr. Weitere entscheidende Schritte sind jetzt notwendig.

Eine Analyse der Entwicklung auf Grund der Erfahrungen in der ganzen Welt und der speziellen Lage in Deutschland hat den 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale erzwungen, die entscheidende Beschlüsse für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu fassen.

Ein Beschluß von historischer Bedeutung

Wir zitieren nachfolgend den entscheidenden Beschluß aus der Resolution des V. RGI.-Kongresses betreffs Deutschland:

In Ländern wie Deutschland, wo eine organisatorisch geformte revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß befiehlt die Beschlüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften“, wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf die Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGI. aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist.

Die RGI.-Anhänger in diesen Ländern müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht des wachsenden Gegensatzes zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdet auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung, zwecks besserer und erfolgreicher Vorbereitung und Führung der Massenkämpfe des Proletariats hinarbeiten.

Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten — insbesondere in Zeiten von Streikaktionen — zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte, wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt, zu diesem Zweck von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen.

Wer wird die Kämpfe führen?

Wer wird die Kämpfe der proletarischen Klasse führen? Wer wird die Abwehr und die Gegenoffensive gegen den Lohnabbau, gegen die faschistischen Sorden, gegen die politische Knechtung durch die Young-Regierungen organisieren? Nur die KPD, die „Rote Kraft“! Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kommt für die Führung demokratischer Streiks, für die Durchsetzung der Forderungen der Betriebsarbeiter, der Angestellten und Beamten, des Heeres der Erwerbslosen in Frage.

Das ist bewiesen durch die Ereignisse des letzten Jahres. Daraus gilt es jetzt, fähig, energisch und trotz einer Reihe von Schlußfolgerungen zu ziehen, um rechtzeitig die Waffen zu schmieden, die Kampforganisationen und Organe zu schaffen, deren das Proletariat zur Vorbereitung und siegreichen Durchführung der gigantischen Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind bedarf.

Die Sozialdemokratie als Partei und in ihrer vorbereiteten Stellung im Gewerkschaftsapparat wird nicht nur als offener oder stiller Koalitionsteilhaber der Bourgeoisie ihre Rolle des Retters der kapitalistischen Wirtschaft erfüllen, sondern auch die überlebenden Kampforganisationen des Proletariats noch offener als bisher in den direkten Dienst des Kapitalis zu stellen versuchen.

Der reformistische Gewerkschaftsapparat entwickelt sich immer mehr zur Organisationszentrale des Streikbewegungs.

Die Kämpfe in Mansfeld und in Korbach haben die Reformisten diesmal noch durch offeneren Streikbruch kaputt machen können, ebenso wie die Ulrich und Co. vorher in Berlin den Bauarbeiter und den Holzlegereit für ihre Strecke brachten, und wie sie es jetzt mit der Metallarbeiterbewegung beabsichtigen.

Die tiefen Verwirrungsstadien der Reformisten, man könnte „aus Larven“, wegen der Schädenerfolge, wegen der Konjunkturkrise, wegen der vielen Unorganisierten, Erwerbslosen, der „Unzuverlässigkeit“ der Arbeiterinnen usw. keine Kämpfe führen, scheitern heute an dem Wunsche und an der Brutalität des Unternehmensangriffes und an der Empörung und Kampfbereitschaft der hungernden Massen. Die Unorganisierten, die Gewerkschaften, die Frauen, die Jugendlichen haben in den letzten Monaten bewiesen, daß sie mit zu den besten Streikkräften gehören. Bei den Organisierten wächst der Abscheu darüber, sich ständig als Streikbrecher gegen ihre Klassenossen von der Bürokratie einsetzen zu lassen.

Es ist doch eine Schmach für einen organisierten Arbeiter, wenn er erleben muß, wie die sozialdemokratischen Führer Streikbrecherkolonnen zum anmarschieren, wie sie auf Arbeitsnachweiser und Wohlhabendern Streikbrecher werben. Es ist schon das Zusammenstoß ihrer Gewerkschaften gegen die kämpfenden Arbeiter; sie sehen, wie mit Hilfe sozialdemokratischer Betriebsräte Streikführer verhaftet, Streikposten an den Unternehmer demontiert, wie auf ihre Initiative die Polizei herbeigezogen und eingesetzt wird.

In Mansfeld erleben sie es, wie die Schupo vor den Gewerkschaftsversammlungen die Mitgliedsbücher kontrollierte

und wie beim Streikende sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Funktionäre zusammen mit den Stahlhelmern und Nationalsozialisten von sozialdemokratischen Polizeieskorten in die Betriebe geführt wurden. Mit Erbitterung fragen sie sich, für wen die Millionen Marx' neuer verdienter Gehältern aus den Gewerkschaftskassen verpulvert worden sind: für Streiks, für die Rettung des kapitalistischen Systems, für die Rettung der Betriebe, der Arbeiterkraft? Nein, für die Rettung des Kapitalismus, alle Arbeiterdemokratie mit Füßen niedertrampeln, die revolutionären Elemente maßregeln, die tölpeligen Verleumdungen gegen KPD und RGI. verbreiten.

Der Kampf der Massen um Brot und Freiheit, für den Sieg der Arbeiter über das Kapital muß gegen alle Gewalt der Reaktion und gegen den offenen Widerstand der sozialdemokratischen Bürokratie organisiert werden als ein Kampf

der Millionenmassen. Eine mächtige kämpfende Einheitsfront muß geschaffen werden, die alle Ausgebeuteten erfasst, ob sie im Betrieb stehen oder kampfen gehen. Die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes muß gegen alle Spalter wieder hergestellt werden.

Das geht nur, wenn alles, was heftigen, fortp, verkauft in der Arbeiterbewegung ist, aus ihren Reihen ausgeemert wird, wenn an den verantwortlichen Stellen der Kampforganisationen des Proletariats solche Führer stehen, deren revolutionäre Ehrlichkeit und Treue zur Arbeiterklasse erprobt ist. Die Gewerkschaften sind zur Zeit in den Händen von Streikbruchorganisatoren, von Spaltern der Arbeiterbewegung.

Ein neuer, zuverlässiger Kampfapparat muß geschaffen werden,

der imstande ist, große Massen zu sammeln und in den Kampf zu führen. Die RGI. hat in den vorgangenen

Schafft das organisatorische Fundament für die Führung erfolgreicher Wirtschaftskämpfe

Dieser Beschluß hat folgende Bedeutung:

1. Sofortige Schaffung der Betriebsgruppen der RGI. in jedem Betrieb durch individuelle Registrierung aller Anhänger der RGI., ob organisiert oder unorganisiert, Ausweisung von Mitgliedsbüchern der RGI., gründliche Klärung und Betrieb der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Überall sollen die Betriebsräte und die Beschäftigten geschlossen ihren korporativen Einfluß auf die RGI. beschließen. In jedem Betrieb soll die Betriebsgruppe dazu übergehen, einen streifen gewerkschaftlichen Apparat aufzubauen, der insbesondere in roten Vertrauensmännerebene die enge Verbindung mit jeder Abteilung hat. Aufbau der Organisation der RGI. bis jetzt zum Reichsausschuß auf der Basis der Betriebsgruppen.

2. Zusammenfassung aller Massenbewegten Kräfte in den reformistischen Gewerkschaften unter Führung der RGI. Schaffung von breiten Fraktionen aller Anhänger der RGI. in jedem Betrieb, die Hand in Hand mit den Betriebsgruppen und den örtlichen Komitees der RGI. zusammenarbeiten. Zehntausende und Hunderttausende gewerkschaftlich organisierter Arbeiter werden in der kommenden Entwicklung auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen zur RGI. kommen. Sie sollen ebenso wie alle Kommunisten und Mitglieder der RGI. nicht freiwillig aus den reformistischen Gewerkschaften ausgetrieben, sondern im Gegenteil — trotz des verächtlichen Fälscherzeugnisses der Betriebe — einen festen, unermüdeten Kampf zur Gewinnung der Mitgliedschaften der freien Gewerkschaften für die RGI. führen.

Der Kampf in Mansfeld hat gezeigt, daß es im Verlauf des Streits auf Grund der Entfaltung der streikbrecherischen Rolle der Gewerkschaftsbürokratie möglich war, alle Gewerkschaftsversammlungen im Sturm für die Forderungen der RGI. zu gewinnen. Der RGI.-Kongreß hat darüber hinaus beschlossen, endlich auch mit einer Oppositionsarbeit zur Gewinnung der in den heimischen Gewerkschaften organisierten Kräfte zu beginnen.

3. Demokratische Schaffung aller revolutionären Arbeiter und Anhänger der RGI. unter den Erwerbslosen.

Die bisherige lose Zusammenfassung mit Hilfe der Erwerbslosenausschüsse und der Erwerbslosenpresse genügt nicht mehr. In den bisherigen Kämpfen haben die Erwerbslosen überall trenn von den Streikenden gehalten, sich nirgendwo in größerem Maße als Streikbrecher mischverhalten lassen, sondern haben begonnen, eine kritische Kampfgemeinschaft mit ihren Kollegen, die noch in den Betrieben

sind, zu bilden. Jetzt kommt es darauf an, alle revolutionären Erwerbslosen zu registrieren und trotz in den Erwerbslosengruppen der RGI. zu organisieren.

4. Stärkung und Ausbau der selbständigen Verbände, die durch die Spaltungspraxis der Reformisten in der RGI. ausgeschlossen werden, zu Mitgliedergruppen schaffen.

Die Reformisten werden vor Brot kränken, daß wir die selbständige Führung der Kämpfe der Arbeiter nunmehr auch durch die Schaffung eines großen gewerkschaftlichen Kampfapparats der RGI. sichern. Ihre Antwort wird sein, daß sie verstärkt weiter kämpfen, maßregeln, denunzieren, die Streikenden hindern und niederlegen lassen. Sie werden den organisierten Kollegen durch ihre Lügen einblenden, daß ihnen nichts anderes übrig bleibt, als im Verband den Kampf gegen die verwerfliche Bande aufzunehmen und sich der RGI. anzuschließen. Sie werden jedem sozialdemokratischen Arbeiter, der noch ein ehrlicher Mensch ist, die Schamrote ins Gesicht treiben, weil es für einen Proleten eine Schande ist, dieser verfluchten Arbeiterverräterischen Partei anzugehören.

Werft die Distinktion über die Beschlüsse des RGI.-Kongresses in die Millionenmassen der Werttätigen in den Betrieben, Gewerkschaften, Stempelstellen!

Unorganisierte Arbeiter, herein in Massen in die Betriebsgruppen und Erwerbslosengruppen der RGI.!

Organisierte Arbeiter, hinein in die Oppositionsfraktionen der RGI. in allen Verbänden, nehmt unerschrocken den Kampf gegen die Räuber eurer sozialpolitischen Rechte, gegen die Abwürger eurer Streiks!

Erwerbslose, schließt euch in den Gruppen der RGI. zu einer mächtigen Organisation zusammen!

Sozialdemokratische Arbeiter, die ihr mißtrauisch und voller Empörung gegen eure im Lager des Feindes stehenden Führer seid, kommt zu uns, zur revolutionären Front, bei der RGI. ist euer Platz!

Was wir jetzt durchführen, das sind erste Schritte. Von der revolutionären Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland, von unserer guten Arbeit, von unserem stürmischen Vorkommensmaß wird es abhängen, wie rasch wir unser Ziel erreichen: eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu schaffen, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, unter den allen roten Führern markiert und unter der Führung der RGI. mitschiff, dieses kapitalistische System zu zerbrechen und die Herrschaft der Arbeiterklasse einzurichten. Gestern an die Lösung dieser Aufgabe mit bestem Eifer und derselben Begeisterung wie sie in dem Sieg der roten Front vom 14. September zum Ausdruck gekommen sind.



Rund um den Erdball

Das Drama in der Eiswüste

Andrees Tagebuch enthüllt . . .

Eis drückte den Ballon zu Boden — Keine Widerwärtigkeit konnte die Forscher entmutigen

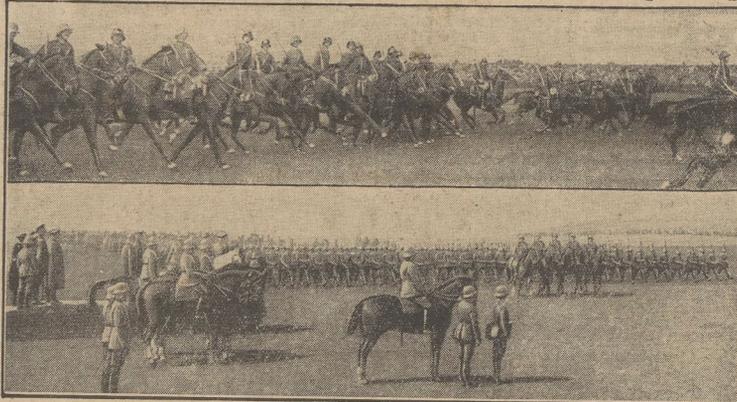
Ein schwedisches Kanonenboot hat am Freitag mit den Leberreihen Andrees und seiner Geisellen Tromsø verlassen und die Fahrt nach Gledholm angetreten. Die Ankunft in der schwedischen Hauptstadt wird am 28. September erfolgen. Die schwedische Regierung bereitet große Feste vor. Sie wird ebenfalls bei einem Krönung aus Andrees Tagebuch, aus dem Einzelheiten über den Verlauf des Dramas vor 33 Jahren in der nördlichen Eiswüste hervorgehen.

Stockholm, 20. September. Aus dem schwer lesbaren Tagebuch Andrees, das 142 Seiten umfaßt, geht hervor, daß die Ballonreise Andrees vom 11. bis zum 14. Juni 1897 angeordnet war. Dann wurde der Ballon durch Eis, das sich auf der Ballonhülle ansetzte, auf den Boden niedergedrückt. Einen Tag schleppte die Gondel auf dem Eise lang. Am 14. Juli landete der Ballon. Die Tage vom 14. bis 21. Juli haben die Forscher dann zur Vorbereitung der Wanderung benutzt. Es zeugt von dem großen Mut der drei, daß sie nicht sofort die Klippe von Nordspitzbergen zu verlassen suchten, wo die Proviantdepots lagen, sondern über das Treitelts nach Osten, nördlich von Franz-Josefsland wanderten.

Nur wenige Kilometer täglich

Die Aufzeichnungen über die Schwierigkeiten des Marsches über Eisberge und Wasserlöcher sind sehr anschaulich. Nur wenige Kilometer konnten sie täglich vorwärts kommen und schließlich mußten sie zu ihrer grenzenlosen Enttäuschung feststellen, daß die Eismassen, auf denen sie sich befanden, nach Westen abtrieben. Am 4. August befand sich die Expedition auf 82 Grad, 17 Minuten nördlicher Breite und 29 Grad, 43 Minuten östlicher Länge. Hier mußten sie die Unmöglichkeit einsehen, das gesteckte Ziel zu erreichen und versuchten nun mit Hilfe der Eisdrift südwärts zu den Gruppen der sieben Inseln zu gelangen.

Augen rechts! Für den Präsidenten der Diktatur-Regierung!



Der Abschluß der diesjährigen Herbstmanöver „unserer teuren“ Reichswehr, die, wie bereits gemeldet, auf dem Kriegsschanzplatz Unterfranken vor sich gingen, war eine am 19. September bei dem Städtchen Römhild veranstaltete Parade der Mannövertruppen, getreu der kaiserlichen Tradition vor dem Reichspräsidenten Hindenburg. Unser oberes Bild zeigt den Paradeanstich im Galopp der Reiterregimenten und unten den Vorbereitungen der Infanterie. Hindenburg, und hoch zu Roß Generaloberst von Heye, lassen die „Karls“ der wieder vereinigten „roten“ und „weißen“ Armee an sich vorbeimarschieren. Die Bürgerkriegsrüstungen sind beendet. Die militärischen Reaktionen sind mit den Leistungen der „kleinen, aber schlagkräftigen Armee“ zufrieden. Mit dieser Bürgerkriegstruppe hoffen sie alle verzweifelte Hungerrevolten der ausgeplünderten Volksmassen niederzudrücken zu können.

Blutbad eines durch Krankheit Verblitterten

74jähriger tötet 67jährige Frau

weil sie ihm keine Medizin holen wollte

Paris, 20. September. Ein Hausbesitzer aus einer Vorstadt von Paris wurde mit 74 Jahren zum Gattungsüberdauern. Der alte Mann, der schon seit Jahren an einem schweren Magenleiden litt, lebte mit seiner nun sieben Jahre jüngeren halbwüchsigen Frau in steter Feindschaft, die um so erbitterter wurde, je mehr das Krebsleiden fortschritt.

Am Freitag nun verlangte der Greis von seiner Frau, sie solle ihm eine Medizin holen. Als sie sich weigerte, da sie selbst ja nur mühsam gehen könne, geriet der Mann so in Wut, daß er zu einem Küchenmesser griff und es seiner Frau in den Rücken stieß. Der Tod trat auf der Stelle ein. Nachdem er Nachbarn von seiner Tat in Kenntnis gesetzt hatte, stellte er sich selbst der Polizei.

Kriegerische Affenherden

Paris, 20. September. In der Nähe der nordafrikanischen Stadt Mailot fand ein Algerier auf eigenhändiges Weisung den Tod. Der Eingeborene wollte mit seinem Auto nach Aitna und mußte dabei einen bewachten Pföhenzug überqueren.

Trotz Entbehrungen Fortführung der wissenschaftlichen Arbeiten

Immer knapper wird der Proviant, so daß die drei Männer mehr und mehr auf die Eisdrift angewiesen sind. Auch der Marsch wird immer schwieriger. Besonders Strindberg leidet an Durchfall und Fußverletzungen. Aber trotz der furchterlichsten Strapazen führt Andree das Tagebuch gewissenhaft weiter, und macht interessante wissenschaftliche Beobachtungen. Noch immer finden sich hoffnungsvolle Aufzeichnungen, zum Teil sogar in humoristischer Form. So hebt Andree beispielsweise die Kochkünste Fränkels und Strindbergs, die sogar aus Algen eine Suppe bereiten konnten, lobend hervor.

Immer grausamer wird die Kälte

In der Kälte des Nordpollandes ändert sich die Eisdrift. Die Forscher werden weit nach Osten abgetrieben. Da die Kälte immer ärger wird, müssen sie die Ueberwinterung auf einer Eisinsel vorbereiten. Am 17. September kommt Land in Sicht. Die weiße Insel. An den nächsten Tagen gelingt es, Seehunde und Eisbären zu schießen. Andree rechnet, daß er bis April genügend Proviant hat. Am 28. September wird die Hütte bezogen und am 2. Oktober tritt die Katastrophe ein. Mit juchendem Getöse brach die große Eisinsel. Die Ausrüstung und die Jagdbeute trieben auf den Eisfloßern umher.

Wer von den drei Forschern am längsten gelebt hat, geht auch aus den Aufzeichnungen nicht genau hervor. Nach Rückkehr der beiden schwedischen Professoren, die in Tromsø das aufgefundene Material bearbeitet haben, werden weitere Einzelheiten veröffentlicht werden.

Die Wochenrechnung

Ja, was denn nun? Das ist die große Frage. Wie kommt man bloß aus dem Schlaumassel raus? Holt Hillers Garde aus zum letzten Schlage? So flehte aus!

Es zucken seine sechs Millionen Wähler: Nun, Woll, mach' mal Revolution! Doch Wolfs Heidenbrust wird immer schmaler Er drückt sich schon.

Wie haben sie die Schanze aufgerissen: Wenn wir mit 60 in den Reichstag gehen, Dann wird die Bourgeoisie hinausgeschmissen Aus ganz Berlin.

Nun sitzen sie mit 107 Mandaten Und bitten um ein Ministerium, Um zu regieren, wie's die andern taten Fürs Eigentum!

Und Hermann Müller auf der andern Seite Nimmt lieber gern den Nagel mit in Kauf Und spielt sich bei der großen Wirtschaftspleite Als Kletter auf.

Wir sehen ein großes Durcheinanderrennen! Wir brauchen nicht zu fragen: Was denn nun? Wir warten ab, bis die nicht weiter können, Dann ha'u'n wie zu!

Erwin.

Blutige Schlacht in einer Geheimbrauerei

Ein Prohibitionspolizist getötet — Sechs gefangen-gesetzt

New York, 20. September. Sechs Beamte der Prohibitionsbehörde hatten in Elizabeth in New Jersey eine geheime Brauerei ausfindig gemacht. Als sie in das Gebäude eindringen wollten, wurden sie von zwölf Männern überfallen, entwaffnet und gefangengeführt. Ein weiterer Beamter, der vor dem Eingang der Brauerei Wache stand, vernahm den Tumult, drang in das Gebäude ein und eröffnete gegen die Angreifer ein Feuer. Er wurde jedoch durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Die Schwarzbrenner entkamen unerkannt in einem Automobil.

Ein- und Ausbrecher Sandowski verurteilt

Wier Jahre Zuchthaus wegen schweren Einbruch-diebstahls

Karlsruhe, 20. September. Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den 38jährigen, zu Olga geborenen, bekannten Ein- und Ausbrecher Herbert Sandowski wegen teils vollendeten, teils versuchten schweren Einbruchdiebstahls zu vier Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte hatte sich, nachdem er im Juni d. J. zum zweiten Male aus der Strafanstalt Tegel bei Berlin ausgebrochen war, nach Karlsruhe gewandt und hier viele Einbrüche verübt.

Die proletarische Diktatur stellt Spekulanten an die Wand

Moskau, 20. September. Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion hat die Staatliche Politische Verwaltung auf Grund der Unterfuchung in der Angelegenheit der Silbermünzen und Goldspekulation acht Sechser, die zugleich auch der gegenrevolutionären Agitation überführt worden, zum Tode verurteilt. Weitere 483 Angeklagte wurden zur Internierung in Konzentrationslagern verurteilt.

Dampfer „Arcona“ im Sturm havariert

Der Schnelldampfer „Cap Arcona“ der Hamburg-Süd-america-Schiffahrts-WG. hat zwischen Montevideo und Santos bei einem heftigen Sturm einen Krügel der Steuerbordschraube verloren. Die Geschwindigkeit des Schiffes, die normal 20 bis 22 Knoten beträgt, ist durch diese Havarie auf 15 Knoten herabgemindert. Trotzdem hofft man, daß er mit nur drei Tagen Verspätung mit eigener Kraft in Hamburg einlaufen wird.

Garz und Teerfabrik in Flammen

In den heimischen Werken von Dr. Kurt Albert in Amsternburg bei Mainz brach plötzlich Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die ganze Fabrik, in der hauptsächlich Kunstharz und Teer hergestellt wird, stand bald in hellen Flammen. Die Feuermehr verfuhrte vergeblich, den Brand mittels Sand einzudämmen.

Haubüberfall in einem Londoner Vorortbahnhof

Im Bahnhof der Londoner Vorstadt Watling wurden am Sonntagmorgen zwei Schalterbeamte von drei bewaffneten Männern überfallen und gestolzt. Die Täter erbeuteten eine beträchtliche Summe und entkamen unerkannt.

Dänischer Tanzbar verübt Selbstmord

In der Nacht zum Sonntag hat sich die Prima-ballerina des Kopenhagener königlichen Theaters, Elna Lassen, durch einen Revolverfuß getötet. Die Selbstmörderin ist durch ihre Tanzkunst weit über Dänemark hinaus bekannt geworden.

Gerissene Schieber am Werk

Ein neuer Appell an Genf

So wollen die Hufemänner die Arbeitszeitfrage lösen — Antwortet mit der Organisierung des Streiks

Die in Lüttich, Belgien, stattgefundene Tagung der Exekutivkommission der reformistischen Bergarbeiter-Internationale ist bereits beendet. Am 8. Dezember wollen die reformistischen Führer in Berlin erneut zusammenkommen. Was war das Ergebnis dieser Sitzung?

Zum „Kohlenproblem“ wurde an den englischen Handelsminister ein Schreiben gerichtet, das ihn ersucht, dahin zu wirken, daß die Frage des internationalen Kohlenproblems vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes (so bald als möglich nochmals) erörtert wird. Trotz aller Zugriffe, die der Völkerbund den reformistischen Bürokraten schon so oft verweigert hat, soll mit einem solchen Beschluß der Ansicht erwidert werden, als wenn den Bergarbeitern daraus irgend eine Hilfe erwachsen könnte. Ebenso ist auch die Stellungnahme zur Frage der Arbeitszeit. In der dazu angenommenen Entschließung heißt es:

„Die Konferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Genfer Arbeitskonferenz vom letzten Juni den Konventionenentwurf bezüglich der Arbeitszeit im Kohlenbergbau abgelehnt hat, sie erneuert energisch die Forderung, daß diese in der Konferenz vom nächsten Jahr erneut erörtert werden. Sie ist jedoch bereit, das Vertrauen der Grubenarbeiter in den letzter zum Ausdruck gebrachten Wunsch des Völkerbundes, die ungerechten Arbeitsbedingungen des Bergbauarbeiters zu mildern, ernstlich zu unterstützen.“

Es sind mehr als gerissene Schieber, die Herrn Hufemann, Limberg, Weiler, die sich auf dieser Konferenz als die „Vertreter der Bergarbeiter“ zusammenfanden. Sie kündigen das Streikverbot an, sprechen von der Notwendigkeit der Siebenundachtzigstündigen unter Tage, lehnen jede Mehrarbeit ab, mit dem Munde, um dann an die Genfer Arbeitskonferenz zu kommen, um die Arbeitszeit im Bergbau durch einen Beschluß festzusetzen. Sie selbst glauben nicht daran, daß dieses wirklich der Fall sein könnte. Es ist aber eine neue Vertiefung für die mit Feindschaft, Lohnabbau, unheimlicher Ausbeutung usw., gepeinigten Bergarbeiter.

Die Empörung der Bergarbeiter, das glühende Bekenntnis von Hunderttausenden für die kommunistische Partei, für

die KPD, haben den Beweis erbracht, daß bei den Bergarbeitern der Glaube an die von den Hufemann und Limberg hergebrachte Ergebenheit an Genf nicht nur existiert, sondern überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Die Bergarbeiter müssen durch Streiks unter Führung der KPD, die Arbeitszeit und Lohnfrage lösen.

Das Bleistiftkreuz im Geheimchreiben!

Sozialfaschisten denunzieren oppositionelle Eisenbahner zur Maßregelung — Beispiellose Niedertracht der Einheitsverbandsbürokratie

Von der Gewerkschaftsbürokratie ist die Arbeiterkraft manchen Schurkenstreich gewöhnt. Allem Ungehörigen nach haben die Bonzen den Gipfel der Niedertracht immer noch nicht erreicht, sie sind aber bereits auf dem Wege dazu:

Wir haben Kenntnis erhalten von folgendem geheimen Kundschreiben des Einheitsverbandes der Eisenbahner:

Neue Konzentration in der Schuhindustrie

Die Presse meldet: „Die Hausier & Co. A.-G. in Cannstatt-Stuttgart, Mercedes-Schuhe, hat durch die Umgründung der wirtschaftlichen Verhältnisse Verluste erlitten, die einer Zusammenlegung des Aktienkapitals zwingen. Um das alte Unternehmen für die Zukunft zu sichern, tritt die Salamander-MAG in ein freundschaftliches Verhältnis zur Hausier & Co. A.-G. Beide bleiben Beihilfung beider Gesellschaften auch künftig getrennt.“

Das bedeutet natürlich nichts anderes als eine Konzentration zur verstärkten Durchführung der Nationalisierung. Durch das „freundschaftliche Verhältnis“ sollen die Produktionsmethoden noch weiter zu Ungunsten der Arbeiter gefaltet und die Profite, die schon leichter ziemlich hoch waren noch weiter erhöht werden. Wir kommen darauf zurück.

Einheitsverband Opel
Kundschreiben Nr. 16/30
Geheim!

An alle Ortsverwaltungen des Einheitsverbandes und Bezirksvorstandsmitgliedern — je besonders —
Werte Kollegen!

Soweit uns vertraulich bekannt geworden ist, beschließt die Reichsbahnverwaltung auch im Rangierdienst außer den bereits bekanntgegebenen Beschränkungsmaßnahmen noch weitere Einschränkungen resp. Entlassungen vorzunehmen. Wir bitten, uns umgehend Mitteilungen der dort im Rangierdienst beschäftigten Kollegen einzureichen, damit wir zum Schutze unserer Mitgliedschaft entsprechende Maßnahmen treffen können. Unsere Kollegen sind in den Listen mit einem Bleistiftkreuz zu kennzeichnen.
Wir bitten dringend, dieses Schreiben geheim zu behandeln.
Die Bezirksleitung
Fr. Blattermann.

Montag, den 29. September, vormittags 10 Uhr, eine Fraktions-sitzung im Galtsbau zur Eisenbahn, Ecke Zimmerstraße, Sternstraße, betreffs Ausschließung der Betriebsratsmitglieder.

Dieses Geheimchreiben offenbart die ganze Niedertracht der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Sie haben in Oberleitungen und auch im Bezirk Niederrhein rücksichtslos gespalten und ganze Ortsgruppen ausgeschlossen. Nun kämpfen sie nicht im geringsten gegen die Entlassungen. Ihre einzige Tätigkeit besteht darin, der Ortsgruppenverwaltung die oppositionellen Eisenbahner kenntlich zu machen, damit diese entlassen werden.
Überall ist dieselbe gelbe Sippe am Werk. Eisenbahner kämpfen gegen sie, dann kämpfen sie gegen eure Entlassung. Hinweg mit der KPD!

Tarifkündigung im ober-schlesischen Bergbau

Zehntausendfach wollen Lohnabbau

Die Zehntausendfach wollen Lohnabbau haben den Lohnsatz zum 30. Oktober gekündigt. Wie im Ruhrbergbau, wird auch dort die Durchführung eines Lohnabbaus eingeleitet. Die Gewerkschaftsbürokratie lehnte es ab, zu der Kündigung des Tarifabkommens überhaupt Stellung zu nehmen. Am 8. August hatten folgende Bezirkskonferenzen der KPD, nach Forderungen aufgestellt und die notwendigen Kampfmittel schon vorbereitet. Die Wahl vorbereitender Kampfkommis-sionen ist im Gange.

Die Massen sind im Fluß,

das haben die Wahlen am 14. September gezeigt. Die Klassen spiegeln sich aber noch nicht genügend in den Betrieben und Gewerkschaften wieder. Wo bleiben die Berichte über Belegschaftsversammlungen? Wo bleiben Artikel über den Vorkampf der Betriebsgruppen der KPD? Wo wurde in den Gewerkschaften zum Kampfabstand der Bonzen Stellung genommen?

Genossen, arbeitet, treibt die Bewegung voran und beschleunigt!

Ohne Frauen kein erfolgreicher Metallkampf

Gewinn die Arbeiterinnen und Frauen für den Streik der Metallbetriebe!

Der Lohnsatz der Metallarbeiter und -arbeiterinnen ist durch die Industrievertreter gekündigt worden. Der Zweck der Kündigung ist, einen rigorosen Lohnabbau durchzuführen. Die Löhne der Metallarbeiter bewegen sich zwischen 45 bis 70 Pfennig in der Stunde. Die Leistungen wurden ungeheuer gesteigert. Die Arbeiterinnen sind zu bemerken, daß die Arbeiterinnen wachsam schlafen müssen, um zu ihrem Geld zu kommen. Die Arbeiterinnen werden von Frauen für den billigeren Lohn vertrieben. Durch Arbeitszeiterhöhung, durch Herabsetzen der Arbeitspreise und durch direkten Abzug der Lohnabgabe auch in den Frauenbetrieben (sogar längst durchgeführt) werden.

Und was hat die DMB-Bürokratie dagegen unternommen? Gerade der Metallarbeiterverband hat bei seinem letzten Tarifabschluß dafür gesorgt, daß die Lohnspanne zwischen Frauen- und Männerlöhnen vergrößert wurde. Die Interessenvertretung der Arbeiterinnen durch die Reformisten reicht so aus, daß der Metallgewerkschaftsbund auf dem Metallarbeiterverbandstag im August d. J. forderte, daß die Frauen aus den Betrieben entlassen werden, um den Männern „Platz“ zu machen.

In allen Metallbetrieben und in jeder Abteilung muß die Frage des Lohnkampfes vor den Arbeiterinnen gestellt werden. Dabei muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch eine intensive Antifaschistenkampagne und durch eine entschiedene Interessenvertretung das Vertrauen der Arbeiterinnen erlangen, nachdem die DMB-Bürokratie die Interessen der Arbeiterinnen so schamlos preisgegeben hat.

Darüber hinaus müssen die Metallarbeiterinnen sich der KPD anschließen und unter ihrer Führung kämpfen!

dem verschiedene Betriebe schon länger kurzgearbeitet hatten, arbeitet jetzt der ganze Betrieb seit dem 8. September nur 8 Stunden. Montags wird eine Feiertagschicht gemacht, was einen gewaltigen Lohnausfall bei den schon sehr schlechten Löhnen der Arbeiterinnen ausmacht. 30 Mann hat die Arbeitsleistung erneut gekündigt, 20 Mann aus dem Stangenamt und 10 Mann aus der Gießerei. In der nächsten Woche sollen weitere Entlassungen vorgenommen werden.

Glaubt nun die Betriebsleitung, damit den ungeschlagenen Kampfwillen der Kollegen niederzubrechen? Der Vorkampf im Hammerwerk (zu den Kollegen einen Tag postum die KPD) zeigt, daß die Kampfsinn nicht gewillt ist, jede Schikane kampflos hinzunehmen.

Am die Kollegen ergeht der Ruf, sich noch fester als bisher der KPD anzuschließen, um unter ihrer Führung gegen alle kommenden Kämpfe gerüstet zu sein.

Personalabbau bei der Reichspost

Verstärkte Ausbeutung der entrechteten Beamten — Organisiert den Kampf gegen den Hungertis der Reichspostverwaltung

Das Reichspostministerium hat eine neue Verfügung herausgegeben, die eine ungeheure Verschärfung der Existenz der unteren Postbeamten und Angestellten bedeutet. Die Reichspost will aus dem unteren Personal herauszuscheiden, was nur herauszuweisen ist.

In der Verfügung heißt es, daß Personen, die den eispriehlichen Dienst nicht mehr leisten können (d. h., die das Postsystem infolge dauernder verstärkter Ausbeutung nicht mehr mitmachen können), vor der eintägigen Anstellung sofort zu entlassen sind. Beamte,

die in den letzten drei Jahren öfters krank waren, sind sofort der Direktion zu melden. Ebenso solche Beamte, Angeleitete und Posthelfer bederlei Geschlechts, deren Leistungen unbefriedigend sind und die in letzter Zeit mehrmals gekündigt haben. Die Postverwaltungen haben strenge Anweisung, rücksichtslos vorzugehen.

Abgesehen davon, daß mit dieser Verfügung der Dienst- und Familienfortschritt, der Korruption und Parteigängerei Tür und Tor geöffnet wird, bedeutet dieser Wille

die Entlassung von hunderten unteren Postbeamten, verstärkte Ausbeutung der noch im Dienst bleibenden, bloß, um die Profite der Reichspost höher und höher zu treiben.

Diese Willkürmaßnahmen des Reichspostministeriums werden von den christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten direkt unterstützt. Wie in allen Industrien und Verwaltungen erschließen auch die „Führer“ der Postgewerkschaften ihre Hauptaufgabe darin, die aktiven Kämpfe der Arbeiter, Angestellten und entrechteten Beamten gegen Willkürmaßnahmen, Lohn- bzw. Gehaltsabbau, für höhere Löhne und Arbeitszeiterhöhung, zu verhindern.

Die Postler müssen erkennen, daß die jetzige Situation einen aktiven Kampf erfordert. Sie müssen sich loslösen von der verrotterischen Führung der Gewerkschaftsbürokraten, ihre Geschäfte selbst in die Hand nehmen. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gilt es, die einseitige Kampfrichtung gegen die Hungerlohnpolitik der Reichspostdirektion zu errichten.

Wählt revolutionäre Kampfkommis-sionen, schließt Euch zusammen, tretet ein in die Reihen des revolutionären Proletariats. Nur der revolutionäre Kampf sichert den Sieg.

Salische Bauarbeiterjugend, in die Kampfront!

Die zweite Befreiungsversammlung der Salische Arbeiterjugend fand am Freitag, dem 19. September, statt. Die Versammlung war gut besucht, aber es waren noch lange nicht alle Belegschaften anwesend. Es wurde zur Reichstagswahl und zur Organisierung der KPD Stellung genommen und eine Jugendgruppe mit 15 Mitgliedern gegründet.

Jungarbeiter! Helft uns, daß alle Belegschaften am Donnerstag, dem 25. September, um 20 Uhr im Lokal „Goldene Kette“ zur Bauarbeiterjugendversammlung erscheinen.

Rosine Neffens in Mansfeld

Trotz Lohnabbau, Kurzarbeit und Entlassungen wächst der Kampfsinn auf dem Kupfer- und Messingwert Heftbild

A.-A. Nach Beendigung des Mansfeld-Streiks, der Hunderte von Gemäßigten auf der Strecke ließ, glauben viele Kollegen, die wieder in den Betrieb gekommen waren, von weiteren Maßnahmen der DMB. verschont zu bleiben. Aber weit gefehlt. Nach-

Wir greifen an! Der Kommunismus die Rettung!

Der Ausgang der Wahl stellt der Partei die Aufgabe, mit aller Kühnheit den Kampf an zwei Fronten zu führen. Einmal noch fühner und entschlossener den Reformismus zu schlagen, andererseits mit aller Schärfe den Kampf gegen das nationalsozialistische Wahnsystem zu führen.

Eröbert die Betriebe!

Das ist jetzt die Lösung der Partei, denn nach wie vor wird die Sozialdemokratie auf gewerkschaftsoppositionelle Gebiete der Industrie treiben zu treiben und dadurch versuchen, den Nationalisierungsprozeß zu hemmen. Die Unternehmenseingriffe werden sich in den kommenden Wochen noch ungeheuer verstärken. Der Klassenkampf wird neue, höhere Formen annehmen, und die Gewerkschaftsbürokratie wird in dieser Situation erneut versagen, genau so wie bei dem Reichswahl-Konflikt, wie bei dem Streik der Mansfelder Kupfereisenwerke die Profiteure der Wirtschaft bekämpfen werden, als ob die Sozialdemokratie noch in irgendeiner Weise Kämpfe der Arbeiter fördern oder auslösen könnte. Immer mehr werden die Arbeiter begreifen zu lernen, daß es nur eine Kraft gibt, die Kämpfe organisieren und führen kann, das ist die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, geleitet von der kommunistischen Partei.

Dererrat der Kongressarte wird immer offenkundiger und Laufende Arbeiter erkennen deshalb, daß sie zu uns gehören.

Der Ausgang der Wahl hat aber bewiesen, daß wir das Vertrauen der Arbeiterschaft haben.

Es ist deshalb unsere erste Aufgabe, sofort daranzugehen, unpolitischen Einfluß organisierten zu setzen, indem wir mit verdorbener Aktivität an den Ausbau unserer Betriebszellen gehen, indem wir alles daransetzen, in den nächsten Wochen in den entscheidenden Großbetrieben Betriebsgruppen der KPD aufzubauen, indem wir sofort Oppositionsaktionen in den reformistischen Betrieben schaffen.

Nur dann, wenn es uns gelingen wird, diese Aufgabe schnellstens zu halten, werden wir in der Lage sein, nicht nur unsere Positionen zu halten, sondern weiter auszubauen. Jetzt schon müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß wir bei den kommenden Betriebsratswahlen in allen entscheidenden Betrieben rote Betriebsräte bekommen.

Gleichzeitig erwacht uns die Pflicht, im verstärkten Kampfe gegen den Faschismus sofort an den Aufbau roter Betriebszellen heranzugehen, als die sicherste Form der Bekämpfung und Zerschlagung der NSDAP.

Nach wie vor gilt die Parole: Wir greifen an! Der Kommunismus die Rettung!

Schon formieren sich die roten Sturmabteilungen. Schon rufen Millionen Hungerkrieger an den Young-Festeln. Die Partei muß führen, muß mit verdorbener Aktivität nach der Wahl an die Arbeit gehen, damit bald über Deutschland das heilige Banner der proletarischen Revolution, die Sowjetflagge, weht.



Es kommt der Tag

Die Straße dröhnt vom Sturmschritt der Genossen, Das Siegesgeschrei der Menschheit durch den Meißer schwingt, Es glänzt ein Tag, von Morgenrot umflossen, Nun wird es Nacht in allen finsternen Gassen, Paläste flürzen und der Erdball kiert.

Aus Barrikaden steigen die „Berufenen“, Die führe es wagt, für das Recht zu streiten! Ein endlos Heer — Armeen von „Berufenen“, Die schon auf Erden ihren Himmel suchten, Mit roten Fahnen jetzt zum Siege streiten.

Es kommt der Tag, so ganz gewiß, wie die Planeten um die Erde, Ihr „Berufenen“, — Euch, Ihr „Berufenen“, — Wird eine neue Zeit in tausend Jubelchören preisen!

„Können Sie die 50 Pfennig zahlen?“

Ich kann noch von Glück sagen, daß ich meinen Krankenchein kostenlos bekam, es war noch kurz vor dem 1. September. Am 2. September wurde mir der Wagen ausgepumpt, am 11. d. M. bekam ich ein neues Rezept. In der Apotheke angekommen, hieß es gleich:

„Können Sie die 50 Pfennig bezahlen?“

Ich erwiderte: „Nein, ich bin arbeitslos.“ Somit mußte ich zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, dort wurde mir einbündig erklärt: „Sie müssen die 50 Pfennig ebensogut bezahlen, wie jeder andere. Wenn Sie das Geld nicht haben, bekommen Sie 50 Pfennig von der Kasse. Das Arbeitsamt wird dann beauftragt, und bei der Auszahlung der Unterstützung wird Ihnen das Geld abgezogen.“

Meine Empörung steigerte sich so weit, daß ich sagte, man sollte das Rezept doch in den Papierkorb werfen, denn von 14,63 Mark Unterstützung kann ich mir unmöglich noch Äußerer gefallen lassen. Es ist doch schon so, daß, wenn man nicht krank ist, auch nicht zum Arzt geht. Wird man aber bei der Krankheit zum Spezialarzt, ja sogar zu einem Professor geschickt, dann ist doch wohl die Krankheit ernstlich bedenklich.

Werkstätten! Somit hat es die SPD-Vorführung mit uns getrieben. Der Wahlkampf ist zwar vorbei, aber die Arbeit der SPD wird doppelt fortgesetzt.

Reißt Euch ein in die Katastrophen des kämpfenden Proletariats, damit der Not und dem Elend ein baldiges Ende gemacht wird! Ein Erwerbsloser, der 1930 noch keine Arbeit bekam.

Zerlegungsprojekt der Nazis vor dem Reichsgericht

Am Dienstag, dem 23. September, beginnt vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts im Hauptkriminalhof des Reichsgerichtsgebäudes die Verhandlung gegen die drei Reichswehrprofessoren wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Der Zutritt für Zuhörer ist nur gegen Eintrittssteuer gestattet.

Zalperrenpläne im Harz

Die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft der Provinz Sachsen hielt ihre Hauptversammlung in Verriegerode ab. Hauptächlich wurden die nunmehr fast baureifen Zalperrenpläne im Döhreß durchberaten, wobei die Frage der Arbeitsbeschaffung besonders in den Vordergrund gestellt wurde. Ueber das bedeutende Projekt im Döhreß, das der Bodetalperre, berichete Regierungsrat und Bauart Heilig von Zalperrenbauamt Quelinburg, hinsichtlich der Finanzierung hob er hervor, daß noch etwa 50 Millionen Mark Baukosten für die wirtschaftliche Durchführung nötig seien, wenn Staat und Provinz sowie die weiteren interessierten Erwerbslosenverbände bedeutende Zuschüsse gäben. Die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft sollte daraufhin eine entsprechende Entschädigung, die dieses volkswirtschaftlich überaus bedeutsame Bauvorhaben bestärkt. Ueber die Entwurfsarbeiten an der Zillertalperre berichtete Regierungsrat und Bauart Heilig von Zalperre. Demnach sind Baukosten in Höhe von 1 Million Mark zu diesem Projekt erforderlich, wovon Staat und Provinz 0,75 Millionen Mark tragen würden. Die Stadt Verriegerode will 150 000 Mark übernehmen und der Rest von 100 000 würde auf die anderen Interessenten entfallen. Die übrigen Kosten der Zalperre hängen durch die Erdbebenversicherung der Stadt Verriegerode gedeckt werden. Die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft beabsichtigt nach eingehender Beratung, im Provinzsausschuß Vorschläge über die Finanzierung der Zillertalperre zu unterbreiten.

Schmalz will die Reichstagswahl ansehen

Bei der Reichstagswahl kandidierte bekanntlich die „Großdeutsche Liste Schmalz“ unter Nr. 9a. Sie erhielt in den Wahlkreisen 10 (Magdeburg-Anhalt), 11 (Merseburg-Saale) und 12 (Südharz) etwa 25 000 Stimmen. Nunmehr ist von dieser Seite, wie von der Ortsgruppe Erfurt mitgeteilt wird, beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig „wegen schwerer Verletzung der verfassungsmäßig garantierten staatsbürgerlichen Wahlfreiheit“ die Ungültigkeitserklärung der Reichstagswahlen in diesen drei Wahlkreisen beantragt worden. In einer Erklärung wird hierzu u. a. n. ausgeführt: „Der Staatsgerichtshof des Reiches wird sich in diesem Zusammenhang auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob Staatsbehörden berechtigt sind, ihren Beamten die Kandidatur und Agitation für bestimmte Parteien zu unterlegen.“ Der will hier noch eine größere Mißbilligung erleben.

Ortsgruppen, Litobleute!

Sendet sofort die Kontrollbogen an die Volksbuchhandlung ein. Sorgt für schnellste Berechnung der Wahlberechtigten. Alle rechtlichen Broschüren müssen noch in den nächsten Tagen umgesehen werden.

Rüftet zur Mitteldeutschen proletarischen Frauen-Delegiertent Konferenz am 28. Sept. in Halle Wählt schnell noch Delegierte! ●● Meldet die gewählten Delegierten sofort an die B.-L. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Verschärft den Kampf gegen Steuerraub

Nazi-Führer verteidigen Young-Steuern

Überall Einheitsfront der SPD- und Nazi-Führer gegen kommunistische Anträge über Steuerkreis Organisiert gegen Steuerdiktatur den außerparlamentarischen Kampf!

Die Linie der künftigen Politik, nach der die SPD-Führer den Brünning-Kurs in Gemeinschaft mit den Nazis auf dem Gebiete der Steuererlässe verfolgen werden, wird am besten gekennzeichnet durch folgende Stellungnahme zu den Anträgen der SPD, in den Kommunen. Wenige Tage nach der Wahl haben sich in der schamlosesten Weise, dieser Politik, die in den Reichstagswahlen bankrottgemacht hat, ihre Reaktionen zu machen. In Dresden habe die kommunistische Fraktion zwei Anträge eingebracht. Der eine fordert den

schärfsten Protest gegen die Notverordnung Weininges und die sofortige Zurücknahme derselben sowie den Beschluß der Nichtdurchführung der auf Grund der Notverordnung erlassenen Gesetze in der Stadtgemeinde Dresden. Ein weiterer Antrag beschränkt die Steuerfreiheit auf die wertigste Bevölkerung zum Steuerfrei aufzuerheben. Weiter ist eine

Sondersteuer für Millionäre und alle Vermögen, Befreiung der Dividenden und sonstiger ausgeschütteten Gewinne in Höhe von 10 Prozent, Sondersteuer von 20 Prozent auf Ausschüttungs-tantiemen sowie von Einkommen über 20 000 Mark und Einbehaltung aller hohen Steuern und Abgeltungsgelder über 8000 Mark, aller Pensionen über 6000 Mark gefordert.

Der Antrag sieht auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen, der Invaliden- und Kriegsoberrenten, Ausbu

Beschlagnahm

wurde auch die Broschüre „Sowjet-Deutschland sprengt die Ketten des Young-Plans“. In Zeitungen und in Exemplaren hat diese „Dokumentensammlung zum Kampf gegen den Versailles Frieden und gegen den Young-Plan“ die Erkenntnis verbreitet, daß nur die Kommunisten von Anfang an die Slaavenverträge ernstlich bekämpften! Trotz Beschlagnahme wird unsere Agitation weitergehen, und mündliche Agitation wird die Broschüre ersetzen!

Rußlandhetze in Annaburger Landheim

Lehrer als Büttel der Pfaffen

Die Offensiv der Bourgeoisie beschränkt sich nicht mehr auf politische und wirtschaftliche Gebiete über Spund- und Schmuhzettel sind die Clapper der kulturellen Reaktion. Auch die folgende Schilderung eines Schülers des Realgymnasiums in Magdeburg gewährt uns einen Einblick, wie die Reaktion planmäßig auf allen unteren Schulen in ihr „fortschrittlich“ auf allen Schulen ein Vordringen in Annaburger Landheim, in jede Klasse täglich für 14 Tage hinausführt. Immer eine ältere und eine jüngere Klasse zusammen. Dieser Unterricht führt gleich im ersten Jahr zu natürlichen Folgen und zu einem Stand, der den Spielern unter sich zu erweisen sehr modern, und im übrigen ein ganz faßliches Werk ist, weil es die in dem heutigen Schul- und Gesellschaftssystem vorhandenen Gegensätze zwischen Lehrern und Schülern armer und bemittelter Eltern negiert!

In den Rahmen dieser modern-reaktionären Erziehung paßt der pflichtmäßige Kirchgang.

Natürlich lieh es sich der evangelische Pfaffe von Annaburg diesem nicht nehmen, angeführt von den Herren, Deutschlands Zukunft, über den Bolschewismus zu sprechen. Das Ausland-Thema ist ja bei der durch die kapitallose Entwicklung der Sowjetunion beflügelt Bourgeoisie so aktuell. Der freibare

In den Brunnen gestürzt und ertrunken

Bei dem Versuch, aus dem Brunnen im Hof Wälder zu schöpfen, stürzte ein Schindler aus dem Brunnen. Auf die Differenz der Brunnenlinsen eilten Nachbarn herbei und zogen ihn aus dem Wasser. Involud war jedoch bereits ertrunken.

Der Massenstrom zur SPD. hält an

Folgende Neuaufnahmen wurden gemeldet: Sölktau 4, Hebejün 17, Jörbig 3, Köllde 10, Emlitz 2, Weigerode 7, Herberg 4, Elsterwerda 2, Brüden 9, Teudern 12, Weigert 5, Köttitz 3, Aobershan 3, Helbrungen 3, Eilenburg 17, Deuten 4, Neumarkt 12. Die Werbetätigkeit auf den Stempeln, in den Betrieben zur Sammlung der entscheidenden Stimmen des Proletariats unter das Banner der SPD, geht mit der Organisation der Front gegen Nationalisierung, Vorkaufbau und Steuerraub, ist die Vorbereitung des Steuerkreises und des politischen Massenkreises!

der Krankenerleichterung, des Mutter- und Säuglingsfürsorge, Erhöhung der Löhne und Gehälter der schlechtbezahlten Arbeiter und Beamten vor. Dieser Antrag fand, damit er überhaupt zur Beratung kam, nur die Unterstützung der kommunistischen Fraktion. Er wurde

von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis einseitig abgelehnt. Bedinglich für den ersten Teil des Antrages, der Protest gegen die Notverordnung erhebt, stimmten die Nazis, praktisch aber stehen sie in der Young-Front gegen das Proletariat. Bemerkenswert ist, daß der Bürgermei

er der Sozialdemokraten, der die Einführung der Diktaturkriterien vertritt. In Eisen wird ausgerechnet einen Tag nach der Wahl ein ungeheurer Anschlag der Koalitions-Stadtverwaltung bekannt. Die Herren Zentrums- und SPD-Beigeordneten planen nicht mehr und nicht weniger, als ab 1. Oktober die Gemeindefürsorge zu erhöhen und die alle fünfzigsten Volksnahrungsmittel bestehende Getränke- und Feuer einzuweisen. Außerdem soll die herkömmliche Kaffeeurück-wirkung für das ganze Jahr 1930 zur Einziehung gelangen. Die Getränkesteuer soll sogar über den Satz der Diktaturverordnung von 5 Prozent auf 10 Prozent festgesetzt werden.

Solche Beispiele liegen sich in Halle und Talle nachweisen. Überall gehen Nazis und Sozialdemokraten, wenn es heißt, Steuern für die Werktätigen durchzusetzen.

Diese Tatsachen zeigen, daß in der Praxis die von Wirth geforderte und von SPD-Braun propagierte „Koalition aller Vermögenden“ praktisch schon besteht. Sie geht nicht nur bis Zentrums und Schiele, sondern wird von den Nazis als Steuererleichter der Young-Revolution handiert.

Dem steht die geschlossene eiserne Front der 4,5 Millionen kommunistischer Wähler gegenüber, die zum entscheidenden Stoß ausholen wird.

Der außerparlamentarische Massenkampf, Steuerkreis, Kampf um Lohn- und Siedenuntergang, politischer Massenstreik sind die Waffen. Sie zu schmieden und die Millionenmassen der Werktätigen damit in den Kampf zu führen, ist Aufgabe der kommunistischen Partei.

Diener Gottes empörte sich über die „antichristliche Hehe“ des Bolschewismus. Die christlichen Kirchen müßten sich zumal, meinte er, um diesem Feinde zu beugen. Sehr bemerkenswert, mit welcher schönen Sprache der heuchlerische Pfaffe

die Zusammenarbeit aller Kirchen gegen den Bolschewismus rechtfertigte: Die evangelische Kirche sei ja aus dem Mutterloch der katholischen hervorgegangen; und im Grunde sei ja alle Religion auf dieselbe urprimäre und diese Beschäftigung der Glaubensgemeinschaften und alle Kirchen hindern in diesem Sinne eine Einheitsfront und alle Kirchen bilden eine Einheit; alle bemühen sie sich nämlich gleichmäßig, den Fortschritt zu hemmen und jeden Aufklärungsversuch zu unterdrücken. Alle wetteifern sie darin, die bestehenden Verhältnisse des Kapitalismus, so launischen und ihren Geistes gegen die fortschrittliche und die heranwachsende internationale Revolution zu verpirchen.

Der Zweck ist, die bürgerliche Jugend auf den kommenden Krieg gegen Rußland vorzubereiten.

Und weiter: man wird die Soldaten wiederum mit Lügen in den Krieg schicken, nicht im Namen der kapitalistischen Barbaren, im Namen des Völkergewisses in der europäischen und amerikanischen Großstädte gegen den aufstrebenden Sozialismus, gegen das freie Rußland, sondern ungeheuer im Namen des „christlichen Völkergewisses“, der „Sittlichkeit“, der „Freiheit der Religion“ gegen die „bolschewistische Barbarei“, man will die bürgerliche Jugend auf die „bolschewistische Barbarei“ erziehen, die an der Spitze der Arbeiterklasse zur „Befreiung“ der „missglückten und unterdrückten Christenbrüder“ nach Rußland marschieren sollen. Die deutschen Arbeiter werden den Herren allerdings einen Stich durch die Rechnung machen!

So werden die höheren Schüler, deren Eltern sich zum Teil das teure Schulgeld vom Munde absparen, von nationalen Pfaffen und reaktionären Studenträten irreführend und zu feigen Dienern des Monopolkapitals dreifert.

Gez. Ein graulicher Fund. In der Nähe der Mühlberg-Heilanstalt fand man beim Graben im Walde auf einen Fund. Die Leiche wurde in der Nähe einer Frauencelle beiseite geschoben. Die Leiche konnte nicht aufgefunden werden. Es handelt sich um die 32 Jahre alte Martha Peter, geb. Schmidt, aus der Deemitzstraße, die seit sechs Wochen vermisst wird. Von dem Mörder fehlt bisher jede Spur.

Elsterwerda. Ein Nord- und Ost. Im staatlichen Fort bei Prießnitz wurde die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Mannes gefunden. Der Tote muß nach dem Befund schon einige Monate dort gelegen haben. Die Ermittlungen haben ergeben, daß nachweislich ein Nord vorliegt. Jedoch hat man noch keine Anhaltspunkte für den Gestorbenen und den Täter.

Nordhausen. Im Dienst tödlich verunglückt. Der Bahnpostbeamte Rebenburg aus Nordhausen wurde an der Friedbrücke bei Schömburg von einem Güterzuge angefahren und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde dem Krankenhaus zugeführt, wo er bald darauf verstarb.

Unbezahlte Ueberstunden beim Nazi-Unternehmer

U. R. Freyburg. „Für alle Freyburger“, schrieb Herr Kallmeyer in einem Brief an den Arbeiter Rat der Stadt Freyburg. Wie die Nazis dieses Volksbegleiters ausbeuten, heißt es:

„Sind Sie Mitglied der Nazi...? Wenn nicht, können Sie nicht eingestuft werden.“

Sehr flehmig, wie kommt es, daß der größte Teil Ihrer Arbeiter noch 40-100 Stunden gut und nicht ausgezahlt bekommen? Können wir nicht erfragen, nach was für einem System Ihre Arbeit aufgebaut wurde? Ist dies vielleicht schon der Anfang des dritten Reiches? Wenn Ihre Arbeiter 60-70 Stunden arbeiten müßten und nur 60 Stunden ausgezahlt bekommen?

Also, Herr flehmig, hoffentlich bekommt jeder Arbeiter Ihres Betriebes sein faures Verdientes Geld bei der nächsten Lohnzahlung geflissentlich ausgezahlt.

Und Ihr Arbeiter aus dem Betrieb flehmig, organisiert sich, geht in die freien Gewerkschaften und schlägt Euch dort „roten Gewerkschaftsopposition an.“

Recht jede Ueberstundenberei bereitet ab.

Wagt Euch nicht zum Arbeiter an den Erwerbslosen und Ausgesteuerten. Kämpft für den Siebenfundtag mit Lohnausgleich. Verlangt, daß keine eingestuft werden. Trete ein in die rote Front gegen die Ausbeuterwirtschaft flehmigs und seines Zwergvolkes.

Ein abgeblafener Nazi-Zettelung

Wo ist denn da der Sieg? — Nazis, hütet Euch!

U. R. Raumburg. Die Nazis hatten für Montag einen Siegeszettelung vorbereitet, welcher natürlich abgeblafen wurde. Da diejenigen auf dem Posten waren, welche an diesem Abend abgemurrt werden sollten. Es ist ja auch leicht vorstellbar, daß man mit den Wählern der Nazis in Raumburg und anderen Teilen keine Revolution machen kann, da die Wähler zu einem guten Teil aus Leuten, Greisen und Mädchen bestehen und die Männer der bürgerlichen Gesellschaft den paar Proleten in der NSDAP, es überlassen, hier und da Bandenunterfälle in die Wohnungen einzelner Klassenbewußten Proleten zu unternehmen. Eine ganze Reihe Wohnungen werden jetzt bereitgestellt, um Nazis unterzubringen, weil sie von Klassenbewußten Proleten ausgehört werden.

Wir raten dem Gefindel, die Hände von Klassenbewußten Proleten wegzulassen, sonst machen manche eine Uebertreibung bekommen, denn Kommunisten lassen nicht mit sich spaßen, sie sind auf dem Posten und organisiert.

So tauchten die Nazis sich Dumme

U. R. Raumburg. Ein Wahlhelfer berichtet uns folgende Beobachtungen vor verschiedenen Wahllokalen:

Bekannte Damen vom Kreisrat (einige sind die Wählermutter) aufmarschieren sie blumenzierende teutsche Jungfrauen, hielten den Wahlzettel ein mal vor den Fotografieren der Nazis, Konturverwalter der deutschen Republik. Herrliche Menschen diese Führer und Helfer. Beide Damen schlüßten: „Wir wählen heute einmal Risse.“ Da aber eine Dame von beiden anscheinend schlecht sehen kann, freut sie die Risse 6 an, da der Stimmzettel auf dem Kopf liegt.

Vor einem anderen Wahllokal: Ein Herr und zwei Damen. Die zwei Damen wissen nicht, was sie wählen sollen, der Herr macht ihnen die Kreuze in die Stimmzettel. Kartennummern sind festgelegt.

Im nächsten Wahllokal: Ein Nazi verteilt die Stimmzettel mit dem Namen a e b d r u a im Kreis Nr. 9, um die Wähler aufmerksam zu machen.

Eine ganze Reihe junger Mädchen wurden von Risse 9 postfremd und beauftragt. Wirklich nette Zustände in der Kapstadt Raumburg.

Otto redet im Fieber

weil die SPD in die Reihen der SPD-Proleten eingeschoben ist U. R. Raumburg. Hieraus führenden SPD-Leuten ist der Schaden in die Knochen gefahren über den Wahlsieg der Kommunisten. Aber Otto findet einen Ausweg und sagt: „In die wirtschaftlich schlechte Lage“. Na aber in die Reihen der Pro-

Was passiert auf Walters Hoffnung, Stedten?

Wieder ein Betriebsratsmitglied gemafregelt

U. R. Daß die Kommunisten in den Betrieben auf dem richtigen Wege sind im Kampf gegen die Ausbeuter, wird uns zu oft bewiesen durch die Schritten des Grubenparties gegen die Betriebsräte. Wer sich nicht fügt, liegt bei passender Gelegenheit. So wurde das Betriebsratsmitglied Genosse Behler das dritte mal gemafregelt.

Warum? Genosse Behler mußte für die zurückgetretenen Gemeindevorsteher die Verwaltung der Gemeinde übernehmen. Weil es bis jetzt noch nie einen nebnamtlichen Gemeindevorsteher in Stedten gab, erbat sich Genosse Behler Urlaub. Dieser wurde ihm gewährt. Nach fünf Tagen wurde er zum Werk angefordert, zur Arbeit zu kommen. Weil das nicht möglich war, wurde dem Genossen Behler die Mitteilung gemacht, daß das Arbeitsverhältnis gekündigt ist. Was er ein Gelber, der bekam noch besondere Verzinsigungen. Aber ein Rekonvaleszent wird gemafregelt.

Diese Mafregelung darf sich die Belegschaft nicht gefallen lassen. Kämpft für Euer Funktionäre. Verlangt die Wiederereinstellung des Genossen Behler, geht bis zum Streik. Kämpft der Ausbeuterstypen in allen Fragen.

Will man mit Erwerbslosen Spielball treiben

Die Nebenstelle Helfstedt des Arbeitsamtes Esleben verlegt U. R. Seit ungefähr 14 Tagen ist die Nebenstelle Helfstedt nach Burgörner-Neudorf verlegt worden. Eine Veränderung in der Verwaltung der Untertätigkeit ist natürlich bis heute noch nicht geschehen. Müßten die Erwerbslosen bei der Auszahlung ihrer Unterfertigung in Helfstedt jetzt fünf Stunden stehen, so kommt in Burgörner-Neudorf noch dazu, daß die Erwerbslosen sich bei schlechtem Wetter noch nicht einmal unterhalten können. Mit Grauen sehen die Erwerbslosen den Winter entgegen.

Wir nehmen an, daß die Verlegung der Nebenstelle Helfstedt nach Burgörner-Neudorf den Zweck erfüllen sollte, daß das Bürgeramt die Erwerbslosen nicht mehr vor Augen hat. Das Bürgeramt wird aber täuschen, denn die Erwerbslosen werden nach wie vor den Marktplan sowohl wie das gesamte Bürgeramt bei ihren Demonstrationen und Kundgebungen in Anspruch nehmen.

leten sind sie wenigstens nicht eingeschoben! Manu, Otto, auf einmal alles Proleten? Wir machen Dich aufmerksam, nicht 250 mal alles Proleten, es wie Dein „Vollständigen“ berichtet, was die „Kohls“ angenommen haben, immer 322, und Du verweigert Eure 88 verlorene Stimmen. Also immer bei der Wahrheit bleiben. Otto hat bis jetzt die dimmte aller Erklärungen zum Wahlkampf gegeben, nämlich wie sehr man in die Reihen der Proleten eingeschoben ist. Erst reist sich die Reihen der Proleten ein, dann, nämlich in die der SPD-Proleten. Und wir werden noch weiter einbreiten.

Was denkst Du, Otto, was sozialdemokratische Arbeiter sagen. Sie fragen: Die SPD in die Koalition und wir sind am längsten in der SPD. Die gewählten Reue SPD. Du wirst immer Abgrund entgegen. Die Köpfe immer mehr die Helle ab. Die SPD wird intensiv nachstellen in Raumburg und dafür Große fragen, daß den SPD-Gewerbeten nicht die Räume in den Himmel wachsen.

Zeit. Capito-Richtspiele. Zwei Herzen im 3/4-Takt heißt die überreizte Richtig- und Lärm-Dererei, welche als erster Konflikt dem Feiner Publikum geboten wurde. Der Erfolg war außerordentlich stark, was auch bei dem zweiten Konflikt, der am kommenden Donnerstag spielt, der Fall sein wird!

An die Arbeiterschaft von Zeig!

Am Mittwoch, dem 24. September, um 17.30 Uhr findet auf dem Markt eine

Massenkundgebung

statt. Die Genossen Stadtverordneten werden sprechen zu dem mörderischen Steuerantrag, der durch die Stadt gegen die wertvollen Proleten.

Mansfelder Kreise

Die lurchbare Tragödie Gichte in Gorbstedt Eine Anlage gegen die fluchwürdige kapitalistische „Ordnung“

U. R. Von den alten Leuten Gichte, welche vorgefertigen Gicht zu sich genommen haben, war der Mann gleich tot, dagegen wurde die Frau ins Krankenhaus gebracht, ist aber ein paar Stunden nach der Entlassung auch gestorben. Wie es heißt, sollen sie aus der Wohnung gehen. Sie waren wohlhabend beim Zeughändler Rogt. Sie hatten natürlich auf Grund der Wohnungsnot kein anderes Unterkommen in Aussicht. So sollen sie einen Zettel hinterlassen haben mit der Aufschrift:

„Wir machen Ihnen Nach.“

Auch dieser Fall zeigt uns, wie die Not wächst. Aber der Weg der Eheleute Gichte ist der falsche. Kämpfen muß man mit der SPD, zusammen zum Sturz der Ausbeuterwirtschaft.

Wahlbilderbogen aus Gorbstedt

U. R. Bei der diesmaligen Reichstagswahl hatte die Ortsgruppe der SPD in Gorbstedt die Aufgabe, die Kommunisten in Gorbstedt und Umgebung mit Haut und Haaren zu vertilgen. Wer es doch sehr anders als der schlaue August Koch, der dies gedacht hatte. Er war ja früher auch mal Kommunist und deshalb war er sich gewarnt, seinen SPD-Genossen beistehen, mit den Methoden der Kommunisten vertraut und außerdem ist er ein Fräulein. Das ging nicht alles so glatt. Die wurden die Methoden auf den einzelnen Ortschaften v e r a c h t. Man konnte allerdings heitere Bilder bei der Ausfahrt des Propagandaautos sehen. So spielte ein Wahlhelfer auf dem Auto so gut er konnte, die Weisen der SPD. Es hatte schon vor der Wahl das Aussehen eines Trauerzuges. Doch voller Mut und Kraftbewußtheit ging man doch aus Wert. Die große Kanone „Berz“ wurde aufgeführt. Auch er erklärte, daß alle Kommunisten schon kaputt seien, sogar in Halle. Viele gutgläubige SPD-Arbeiter glauben ihm und wurden bitter enttäuscht.

Als die kleinen Genossen des JCB riefen: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!“ und verfiel diese andere treffende Parolen, da kamen die SPD-Meister ganz aus dem Häuschen. Das war doch allerdings „Freiheit“, das zu rufen, wo der „Berz“ Genosse Dr. Berz es hören mußte.

Die Verlegung hat auch noch einen besonderen Zweck. In Helfstedt gestattete uns die Behörde, die Kommunisten in Plakaten für Erwerbslosenvermittlung anzufragen. Nachdem diese Nebenstelle nach Burgörner-Neudorf verlegt ist, geht nun der befristete Leiter der Nebenstelle, mit Namen Böh m, dazu über, alle Plakate der Erwerbslosen zu beschriften und droht mit dem Hausarrest.

Wer ist nun dieser Böh m? Böh m ist nach den Gesprächen mit den Erwerbslosen ein ehemaliger Offizier, heute soll er der sozialfaschistischen Partei angehören, was einen gar nicht wundern dürfte. Dieser Böh m ist ein frecher und brutaler Mensch. Das erste, was dieser Böh m, ist, bei jeder Unterredung mit Erwerbslosen die Stempelfarte zu zeigen. Eine ankündigende Auskunft kann ein Erwerbsloser selten von diesem Böh m bekommen. Wie lange werden sich die Erwerbslosen solche Handlungen noch gefallen lassen?

Sein Vorgänger, mit Namen Grotz, welcher immerhin etwas den Erwerbslosen mit Rat und Tat zur Seite stand, wurde bespottet. Große und der Angehelle Findeisen führten einen gegenseitigen Kampf, um ihre Stellung zu halten. Findeisen war aber große weit überlegen dadurch, daß Findeisen es verstand, sich lieblich beim Vorbeigehen in Esleben zu machen und seinen Kollegen große „pench schwarz machte. Alle Befehrer des Angehellen Grotz dalfen nicht, er mußte gehen. Trotzdem die Verlesungen eines Findeisen groß waren, blieb Findeisen in seiner Stellung, angehöret. Man fleht hier, daß die der sozialfaschistischen Partei Charakter ein j i g hierbei, daß die der sozialfaschistischen Partei es um Erhaltung ihres Volkes geht. Immerhin war noch ein gutes Verhältnis zwischen dem Angehellen Grotz und den Erwerbslosen, was zwischen Findeisen und den Erwerbslosen nicht möglich war, geschweize noch zwischen dem Offizier Böh m und den Erwerbslosen.

Wir werden dafür sorgen, daß die Räume eines Böh m nicht in den Himmel wachsen. Wir fordern alle Erwerbslosen auf, jede Beschwerde, welche sie gegen Böh m haben, dem neu gewählten Erwerbslosenrat zu schreiben, damit dazu Stellung genommen werden kann. Weiter fordern wir die Erwerbslosen auf, reiflos zu jeder Erwerbslosenversammlung zu erscheinen.

Merseburg-Querfurt

Auf zum Kampf gegen die mörderischen Steuern

Seite um 18 Uhr ist Sitzung des Merseburger Stadtparlaments im alten Rathaus. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Einführung eines Stadtverordneten. 2. Ergänzung von den Deputationen und Kommissionen für den ausgegliederten Stadtverordneten Post. 3. Gesandtschaften zu den Deputationen und Kommissionen für den verstorbenen Stadtverordneten Weier. 4. Wahl eines Bürger in die Bezirksratsdeputation. 5. Entsendung von Stadtverordneten zur Hauptversammlung des Deutschen und des Preussischen Städtebundes am 26. und 27. September 1930 in Dresden.
6. Umwandlung der Oberrealschule (Privatrealische) in ein Reform-Realgymnasium. 7. Schulgebäude für die höheren Schulen.
8. Genehmigung der Ueberführung der Kosten für den Anbau an das Verwaltungsgebäude III. 9. Verfertigung des Anlages Beitrag zur Geistesreinigungsgesellschaft im Haushalt der Bauverwaltung vom 1930. 10. Errichtung von 16 Obdachlosenwohnungen. 11. Bewilligung der Mittel zur Beschaffung von neuen Verkehrschildern.
12. Antrag zur Erhebung der Erhebung der Gemeinde-Steuer. 13. Ordnung zur Erhebung einer Bürgersteuer.
14. Ordnung betreffend die Erhebung eines Zuschlages zur Wandbelagersteuer.
15. Umwandlung einer Verwaltungs-Aufsichtsstelle in eine Verwaltungs-Oberinspektorstelle. Arbeiter, Erwerbslose, sorgt für Mafregeln auf das Stadtparlament. Brüllt es Euren Blutungen in die Ohren: Nieder mit der Steuerdiktatur. — Es lebe der Kampf um Freiheit und Brot.

Querfurt. Eine öffentliche Stadtverordneten-Sitzung findet Dienstag, den 23. September, 19 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Prüfung, Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung des Geschäftsjahrs für 1929/30; 2. Jahresabschluss, Gewinn- und Verlustrechnung, sowie Vermögensvergleich der Wasserwerkstätte für 1929/30; 3. Ueberführung der Betanlagung und Erhebung der Biersteuer an den Kreis.

Zober und Knopf folgten sich bald, jeder wollte zuerst die Tür der Limousine öffnen, womit ihr hoher Genoss dann abfuhr, natürlich in Begleitung eines Kamfrägers, damit er nicht manchmal von den Kindern überfallen würde.

Der Wahlsieg kam. Roter Jurensicht wurden im „Schützenhaus“ die Wahlergebnisse bekanntgegeben. Doch was hatten das für Resultate? Verschiedene Größen ließen den Kopf immer mehr hängen. Es wurde doch zu viel, immer das Resultat, die Sozialdemokraten abgenommen, während die Kommunisten zunahmen. Man zog schließlich vor, nach Hause zu schleichen, während bei frühem für die SPD, günstigeren Wahlen, bis in den frühen Morgen geblieben wurde.

Wenn auch der Zuwachs der SPD in Gorbstedt bei weitem noch nicht genügt, ist doch festzustellen, daß mancher Prolet erkannt hat, wohin er geht. Der SPD-„Fels“ in Gorbstedt steht jedenfalls nicht so fest, wie man sich immer dachte. Es ist Aufgabe aller Arbeiter, den Fels zu umgeben und umgeben, auch daran zu denken, daß sich noch ein anderer Gegner gebildet hat, nämlich die Nazis. Es gilt nun, das proletarische Sprachrohr, den „Kampftag“, zu abonnieren und vor allem, sich in der SPD zu organisieren, welche die einzige Kämpferin gegen Faschismus und Sozialfaschismus ist.

Den SPD-Schmierfinken eins aufs Dach

U. R. Mit Klagen und Schmutz verpackt die Sozialfaschisten, am letzten Tage vor der Wahl noch einen Wahlzettel herauszugeben. In dem Wahlzettel, „Mansfelder Volkszeitung“ verpackt der sattem besessenen Köhlich aus Helfstedt, den Genossen K r o m m e r t h in der höchsten Art herabzusetzen. Der Genosse Krommmer hat seinen Fehler, welchen er am 1. Mai begangen hat, eingesehen und ist leidend ohne Schwämmen wieder zur kommunistischen Partei gekommen. Wenn nun K. schreibt, „Krommmer ist ein rüdes Betragen bei den Erwerbslosen ist allgemein bekannt“, so lagen wir der Genoss Krommmer zu einwandfrei nur den Erwerbslosen den Betrat der Sozialfaschisten an den Erwerbslosen ansetzen, was natürlich die Köhlich und Komforten nicht tragen können. Krommmer wird nach wie vor mit helfen, bis der letzte Arbeiter in Helfstedt von der verächtlichen Billität der Sozialfaschisten überzogen ist. Wir fragen den Köhlich, warum verächtlich er nicht den wirklich richtigen Brief des Genossen Krommmer, der da lautet:

„An den Vorsitzenden der Ortsgruppe Helfstedt der SPD.

Auf Grund meiner politischen Ueberzeugung kann ich es mit meinem Innern nicht vereinbaren, Eurem Partei beizutreten. Insbesondere, wenn man die Handlungen und die Schandtaten Eurer Führer gegenüber der Arbeiterschaft feststellt, so wäre es ein Verbrechen, diese Sache zuzusehen. Aus diesen Gründen nehme ich Abstand und werde nie zum gesinnungslosen Menschen werden.“

Dieser Brief ist am 1. Mai an den Vorsitzenden D o c h a r t e n gerichtet. Dieser Brief hat K. aus Demagogie nicht veröffentlicht. Wenn nun Dr. Sautschow schreibt, daß ein solches Element in Euren Reihen nicht aufgenommen wird, so wollen wir Euch daran erinnern, daß am 1. Mai in Euerem Wahlzettel der Genosse Krommmer von Euch sehr gelobt wurde und als Euer Genosse anerkannt wurde. Ihr wollen nun doch daran erinnern, wie K. am 1. Mai auf dem Marktplatz die Arbeiterschaft mit seiner Demagogie geminnen wollte und an demselben Abend ein Schwein besoffen war, daß er am 2. Mai den Schulunterricht nicht richtig durchzuführen konnte.

Die Arbeiterschaft von Helfstedt steht hinter der kommunistischen Partei, daran kann die SPD-Konfessante nichts ändern. Wer sie wirden schweigen, denn die Arbeiterschaft kennt ihre Handlungen.

Drunter und drüber im Siedtener Gemeindeparlament

U. R. Stedten. Der neue, durchs Los gemüllte und befalligte demagogische Gemeindevorsteher hat sein Amt angetreten. Am letzten Tage war eine dringende Sitzung einberufen. Herr Dr. Stedten durch, seine aus Demagogie nicht veröffentlichte Heiterkeit. Die Kommunisten haben sofort einen Antrag eingebracht, der durch die Teilparteilichkeit Gels noch nicht zur Abstimmung kam.

Im zweiten Tagesordnungspunkt führte Ebel den Gemeindevorsteher Eickmann ein, ohne sein Amt vorher niedergelegt zu haben. Der Brief wurde erkannt. Die Kommunisten verließen demnach den Sitzungssaal. Es ist dann weiter geschäftet worden mit den Herren Regierungsdirektor H a b i b und Kreisbauinspektor S a u e r b i e z um den Bau eines Doppel-Landjägerpauises. Dieses wurde zum Beschluß erhoben. Das Vorhaben wurde schon einmal abgelehnt aus einem Grund. Herr St. will man damit wieder den Kreisbauinspektor übertrumpfen. Gemeinde Stedten, Du kannst noch was erleben!

Seitdem, Befähigung der Bürgermeisterwahl. Die Wahl des bisherigen Abgeordneten Wolf zum Bürgermeister ist jetzt von der Regierung in Merseburg bestätigt worden.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Stützpunkt der Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mt. im Viertel. Anzeigen: Krebshaus des Sozialistischen Partei, Kommissar, und Staatsbank Halle. Druckkosten: Reichsstraße 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Südbranderei G. m. b. H., Halle, Verdenstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 22. September 1930

10. Jahrgang * Nr. 222

Metallarbeiter, stoßt vor!

Überall sollen die Löhne abgebaut werden — Der Hieb ist die beste Parade

(Eig. Meld.) Korbwitz, 22. September.

Im „Volkshaus“ zu Borsdorf tagte am gestrigen Sonntag eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, die vorwiegend von Arbeitern der Gusschammergebiete besucht war, und eine Betriebsbelegiertenkonferenz der Niederlausitzer Metallindustrie.

Die Metallarbeiterversammlung billigte die Ausführungen des Genossen Willy Dölgner. Sie zeigte positive Erfolge in der Richtung der Kampfauslösung des Niederlausitzer Metallarbeiterstreiks. Während der Vorbereitung der Versammlung und dem Verlauf derselben wurden

37 Aufnahmen für die KPD gemacht.

Die Diskussion, die dem Referat folgte, war einmütig.

Die Beschlüsse sind für Lohnabbau, das hat ihre Haltung bewiesen, sie überlegen dem Unternehmer die Tarifbindung. Sie ermuntern ihn zum Rückgang auf die Tarife der Profeten.

Die KPD muß deshalb selbständig den Kampf gegen das Lohnabbau und für eigene Forderungen der Arbeiterklasse aufnehmen.

Das war der Inhalt der Diskussion. In dieser Richtung wurde vorgeschlagen, weitere Maßnahmen zur Massenmobilisierung der Metallarbeiterklasse zu treffen. Die Versammlung verpflichteten sich, die nächste Woche gründlich dazu auszurufen.

Die Betriebsbelegiertenkonferenz beschäftigte sich in der Hauptfrage mit der

Durchberatung eines Tarifentwurfs für die Niederlausitzer Metallindustrie.

Der nach gründlicher Diskussion und der Annahme praktischer Beschlüsse die Forderungen der Metallarbeiterklasse präzisiert. In den nächsten Tagen wird die weiteste Verbreitung des Tarifentwurfs durch die KPD, erfolgen und dieser in den Betriebsbelegiertenversammlungen zur Abstimmung gestellt werden.

Die Metallarbeiterversammlung nahm als Willensfundgebung folgende Entschlüsse einmütig an:

Die verarmten Metallarbeiter und Gewerkschaftsvertreter sprechen der tagenden Betriebsbelegiertenkonferenz das volle Vertrauen aus und geloben, alle Beschlüsse der Konferenz durchzuführen und durchzusetzen. Alle Anwesenden treten der KPD, bei und schließen sich im Kampf gegen die geplante Lohnsenkung für die Forderungen der KPD, zu organisieren.

Die Metallindustriellen greifen auf der ganzen Linie an!

Was die Kommunisten vor der Wahlen den Arbeitern gesagt haben, tritt voll und ganz ein. Kaum sind die Wahlen vorbei, setzen die Angriffe der Unternehmer verstärkt ein. Die Metallindustriellen haben am Freitag in Berlin, nachdem sie selbst den Lohnabbau gekündigt hatten, bei den Verhandlungen mit dem DMR, einen

Heraus zur Demonstration gegen Hungersteuern

Heute, 5 Uhr nachmittags, auf dem Hallmarkt in Halle

Brüning führt Raub

(Eig. Draht.) Berlin, 22. September.

Die Kurstüdgänge der letzten Woche, die im wesentlichen auf den Ausgang der Reichstagswahl zurückzuführen sind und die in Verbindung gebracht werden mit den Putz-Gerichten der Nazis, aber in Wirklichkeit

die Angst der Kapitalisten vor dem förmlichen Vormarsch der Kommunisten

Charakterisieren, haben die Regierung Brüning auf die Beine gebracht. Sie nimmt Gelegenheit, der kapitalistischen Welt nochmals ihr Ausbeutungs- und Diktaturprogramm zu unterbreiten und festzuhalten, daß sie auch fernerhin den schon eingeschlagenen Kurs durchzuführen wird. Brüning führte unter anderem gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Presse aus:

„Die Reichsregierung hat deshalb auch, unbedünmert um

Abbau der Tariflöhne um 15 Prozent gefordert.

Sie machen also einen größeren Schritt des Lohnraubes, als die Schwerindustriellen des Ruhrgebiets, die sich vorläufig mit dem Abbau der Arbeitspreise „begnügen“. Nicht weniger als 47 Millionen Mark im Jahre sollen den 140 000 Berliner Metallarbeitern gestohlen werden.

Die Berliner Metallindustriellen kündigen an, daß sie zur „Belebung der Konjunktur“ diesen Lohnabbau auf das ganze Reich ausdehnen wollen.

Und schon fordern die Metallindustriellen die Senkung der Tariflöhne um 20 Prozent. Ebenso haben die Unternehmer der oberflächlichen Hüttenindustrie den Lohnriß ge-

Jetzt heißt es Farbe bekennen!

Die KPD, fordert: Mißtrauensvotum für Brüning, Aufhebung der Notverordnungen, Steuerabbau für die Armen, höhere Steuern für die Reichen, Sparmaßnahmen auf Kosten der Herrschenden, Hilfe für den notleidenden Mittelstand, Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich, Einstellung der Young-Zahlungen

Nun können SPD. und Nazis zeigen, wie ernst ihre Wahlversprechungen waren!

(Eig. Ber.) Berlin, 20. September.

In seiner Rede vor den Großhändler-Funktionären machte der Führer der KPD, Genosse Thälmann, unter anderem folgende Ausführungen:

„Der Kampf ist aller Klassenfeinde der Werktätigen müssen wir die Millionen-Einheitsfront des revolutionären Proletariats und aller Werktätigen entgegenstellen. Der gewaltige Wahlerfolg der Kommunistischen Partei verpflichtet uns, innerhalb und außerhalb des Parlamentes den Kampf gegen das heutige System, gegen die Young-Herrschaft und das kapitalistische Regime mit zehnfacher größerer Entschlossenheit als zuvor zu entfachen. Wir allein können die solidarische Front zwischen Gewerkschaften und Betriebsarbeitern schmieden. Wir allein können den Kampf der Arbeiter, Bauern und notleidenden Mittelständler gegen die Steuern und Belastungen mit der Klasse des Steuer-

den Steuerreichen des arbeitenden Volkes von dem heutigen Young-Deutschland für die Pensionen und Gehälter der Generale und Minister, für Reichswehr und Polizei und für alle übrigen Ausbeuter und Kleinrentner des kapitalistischen Ausbeuterlumpens vergebend werden und eingepreist werden können.

Wir werden ferner für die Erwerbslosen durch besondere Anträge die Forderungen um Arbeit und Brot bei gleichzeitiger Einführung des Siebenfundentages bei vollem Lohnausgleich aufstellen.

Anßerdem wird die Kommunistische Partei im Reichstag sofort den Kampf zur Erhöhung der Steuern für Millionäre und alle Reichen und zum Abbau der Massensteuern aufnehmen.

Gleichzeitig werden wir eine Reihe weitgehender, radikaler Notmaßnahmen zur Unterbrechung des darben des Mittelstandes sowie der armen Bauern und zur Bekämpfung des Monopolkapitals fordern.

Gegen die Brüning-Regierung werden wir ein Mißtrauensvotum einbringen und zugleich die Aufhebung aller außerordentlichen und verfassungswidrigen Notverordnungen und Zwangsmassnahmen beantragen.

Schlüssig wird die Kommunistische Partei in Preußen und anderen Ländern, so wie es in Thüringen schon geschehen ist, den Kampf für die Auflösung der Landtage sofort aufnehmen, nachdem die Reichstagswahl geregelt hat, welcher Klassen Gegenstand zwischen diesen Parlamenten und der wirklichen Stimmung im Lande besteht.

Das, Genossen, sind in kurzen Zügen die ersten Schritte, die die Kommunistische Partei im Namen der 4,6 Millionen Werktätigen, die uns ihr Vertrauen bezeugt haben, innerhalb des Parlaments einleiten wird, wobei diese Aktionen selbstverständlich getragen sein werden von dem außerparlamentarischen Massenkampf in den Betrieben, auf den Straßen und in Stadt und Land.

Die Anträge, deren sofortige Einbringung, wie wir schon am Sonntag beschlossen, das J.R. der KPD, beschlossen hat, werden die Herren Sozialfaschisten und Nazis vor konkrete Fragen stellen.

In offener Reichstagsabstimmung, vor den Augen der Millionen, die sie mit ihrer Wahl demagogie an der Nase herumgeführt haben, werden SPD. und Nazis bekennen müssen:

Sind sie für Brüning oder gegen ihn? Sind sie für oder gegen die Artikel-8-Verordnungen? Sind sie für Bekleidungs- oder für Massensteuern, sind sie für die Millionäre oder für das werktätige Volk? Sind die Nazis für oder gegen den Young-Plan? Das sind klare und eindeutige Fragen. Jeder versteht sie, jeder, der am 14. September auf SPD. und Naziliste gegangen ist, wird hören, ob seine „Vertreter“ mit ihren Wahlversprechungen ernst machen werden.

Wir wissen, daß sie es nicht tun können, weil es ihrer ganzen kapitalistischen Politik widerspricht. Aber das ganze Volk soll es erkennen und darum werden wir Kommunisten die Herren Demagogen zwingen, zu ihren Wahlversprechungen zu stehen oder sie selbst zu zerreißen.



Die Brüning-Regierung führt sich eben auf die Nazis und wendet ihre ganze Kraft gegen die revolutionäre Arbeiterfront und ihre Partei, die KPD, an.

Die Internationals haben den Zweck, dem internationalen Kapital die Einheitsfront aller Parteien gegen den Kommunismus zu demonstrieren.